

Deutschland. O. K. C. Reichstags-Verhandlungen. Berlin, 21. März.

17. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt, in der Mitte des Großen Saals von Medlenburg-Schwerin und der Erbprinz von Hohenzollern. Am Tisch der Commissarien der Präsident derselben, Graf Bismarck, wie fast immer, in Generaluniform, Geh. Rath v. Savigny, v. Liebe, Hoffmann u. a.; später die Minister v. d. Seydt und Graf zu Eulenburg.

Der Abg. Eichholz ist der siebenten Abtheilung zugewiesen. — Der Präsident theilt mit, daß ein Schreiben des Bundescommissars Minister von Roon eingegangen ist, in welchem derselbe sagt: es sei zu seiner Kenntniss gekommen, daß in Bezug auf einige Artikel der Militärverfassung, namentlich Art. 50, 53 und 58 Abänderungsvorschläge in Aussicht genommen seien. Er halte deshalb eine vorläufige nähere Darlegung der principiellen Gesichtspunkte für wünschenswerth und habe die betreffenden Erläuterungen zusammenstellen lassen, die er dem Reichstage zur Verfügung stelle. — Der Präsident bemerkt, daß er das Schriftstück so schnell als möglich drucken lassen werde.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die Vorberatung hatte gestern die 13 Nummern erledigt, welche die zur Competenz der Bundesgesetzgebung (Abschnitt II. des Verfassungsentwurfs Art. 4) gehörigen Gegenstände enthalten. Außerdem sind zur Erweiterung dieses Competenzkreises noch folgende Artikel eingebracht, die heute zur Discussion gelangen:

1) Dem Art. 4 als Nr. 14 hinzuzufügen: 14) die Feststellung der Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf Press-, Vereins- und Versammlungswesen, sowie in Bezug auf die sonstigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte den Bundesangehörigen vorenthalten darf. — Dr. Braun (Wiesbaden).

2) a. Dem Art. 4 als Nr. 15 hinzuzufügen: 15) das Militärwesen des Bundes und die Kriegsmarine;

b. mit dem Antrag zu a. für untrennbar zu erklären und als Alinea 2 zu Art. 5 (oder sonst an geeigneter Stelle) hinzuzufügen: Bei Gesetzgebungs- und Auslegung über das Militärwesen und die Kriegsmarine, wenn im Bundesrathe eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. — Zweifeln.

3) Dem Abschnitt II Art. 4 am Schlusse hinzuzufügen: § 14) das Militär- und Marinewesen; § 15) das Bundesfinanzwesen und § 16) die Abänderung und Auslegung dieser Verfassung. — Dr. Schaffrath.

4) Zwischen Art. 4 und 5 als neuen Artikel einzuschalten: Art. — Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung auch solche Einrichtungen zu treffen und Maßregeln anzuordnen, welche auf andere als die im Art. 4 bezeichneten Gegenstände sich beziehen, wenn dieselben im Gesamtinteresse notwendig werden. Der Erlaß solcher Gesetze ist an die für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Formen gebunden. — Miquel.

5) Die Art. 2 des vom Abg. Groote vorgelegten Verfassungsentwurfs, welche sich auf den Art. 4 des Regierungsentwurfs bezieht: Außer den im Art. 4 des Entwurfs angegebenen Gegenständen liegt dem Gesamtinteresse auch insbesondere die Feststellung gemeinsamer Grundrechte für das Gesamtgebiet ob. Auch andere Angelegenheiten des Gesamtinteresses kann derselbe zu gemeinsamen erheben. Die Landesvertretungen können hiergegen nur mit einer Mehrheit wirksamen Widerspruch einlegen, die wenigstens zwei Dritttheile der Bevölkerung des ganzen Bundesgebietes repräsentirt.

6) Dem Antrage Braun's am Schlusse hinzuzufügen: „und welche den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Grundrechten nicht derogiren dürfen.“ — v. Bodum-Dolffs.

7) Die Aufnahme der „Freiheit des religiösen Bekenntnisses“ in den Braun'schen Antrag. — Kraus.

Präsident Simon stellt den Antrag Braun zuerst zur Discussion. Abg. v. Bodum-Dolffs verlangt die Auslegung derselben, bis über Art. 21 und 23 des Abschnitts V (vom Reichstage) beschloffen ist. Das Haus lehnt diesen Antrag, nachdem er mit unverständlicher Stimme motivirt worden ist, mit sehr großer Majorität ab.

Abg. Lasker (für den Antrag): Es ist keineswegs die Absicht des Antrags, die Grundrechte in der Weise zum Gegenstande der Gesetzgebung zu machen, daß sie die in den einzelnen Ländern bereits bestehenden Grundrechte abschwächen oder aufheben könnten, sondern sie sollen nur als das Minimum dessen aufgestellt werden, was in allen Bundesstaaten an Grundrechten gewährt werden muß. Es ist nicht unsere Absicht, in eine längere Discussion über einzelne Grundrechte einzutreten. Eine gründliche Prüfung derselben, wie es der Antrag Schulze-Bouneß wünscht, ist ja vom Hause abgelehnt worden. Aber Sie können es nicht ablehnen, das brennende Bedürfnis nach den Rechten, die in dem Antrage Braun namhaft gemacht sind, nicht sofort zu befriedigen. Schon in der General-Debatte ist darauf hingewiesen, daß der Verfassungsentwurf nur den materiellen Interessen Rechnung trägt, daß aber auch den intellektuellen und geistigen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Ich glaube, daß die Trennung beider Richtungen überhaupt nicht möglich ist.

Wenn Handels-Verträge mit fremden Staaten abgeschlossen werden, so wird nicht bloß dafür gesorgt, daß die Handelsinteressen geschützt werden, sondern es wird auch gesorgt, daß die Sicherheit der Person und der Wohnung. Das ist so sehr nöthig, daß zum Beispiel die sehr verlockenden Bedingungen, die Ausländer wiederholt gestellt hat, um Colonisten anzuziehen, nicht vergeblich gewesen sind, zur Ansiedelung zu ermutigen; alle derartige Versuche scheiterten an der Unsicherheit der Person und der Wohnung. Ich kann aber auch ein Beispiel, daß die materiellen Interessen mit denen der Sicherheit von Person und Wohnung innig zusammenhängen, aus Berlin selbst hernehmen. Im Jahre 1849 begann in Berlin die Reactionsperiode, die 1852 ihren Höhepunkt erreichte, bis zu dem Jahre 1857 sich milderte und dann in die freisinnige Verwaltung der neuen Aera überging, der man nachtrühnen kann, daß sie überall die Willkür weit von sich gewiesen hat. Nun m. H., sehen Sie sich die Zahl der Bevölkerung während jener Jahre an. Von 1849—51 ist die Bevölkerung um 12,363 Seelen gewachsen, von 1852—55, also auf die Bevölkerung um 12,363 Seelen, dann wieder steigend von 1855 bis 1858 um 17,220 Seelen, von 1858—61 um 48,644 Seelen und von 1862—64 um 70,465 Seelen. Bei den letzten Zahlen kann ich nicht unterlassen hinzuzufügen, daß das gegenwärtige Ministerium selbst in den Tagen des schärfsten Conflictes zu solchen Polizeimaßregeln, wie das Ministerium Mantuffel nie getroffen hat. Einzelne Herren lächeln ungläubig, als ob bei diesen Zahlenverhältnissen zufällige Ursachen obgewaltet hätten. Nun, m. H., ich kann anführen, daß unter der Verwaltung Hindelshey's Niemand in Berlin zugelassen wurde, der nicht ein Vermögen von 5—10,000 Thalern nachweisen konnte. Erst Graf Schwerin hat dieser Praxis ein Ende gemacht.

Bei den Ausweisungen und Zulassungen war die Rücksicht maßgebend: Sie machen uns armen Beamten nur die Wohnungen theuer. Das Grund-Princip jener Epoche hieß Willkür und Gefolgschaft. So werden sie sich die Bittern, die ich beibringe, habe, erklären können. Angesichts derselben halte ich es für einen vergeblichen Versuch, zu behaupten, daß die materiellen Interessen von den freisinnigen Bestrebungen sich ablösen lassen. M. H.! Wenn die National-Verammlung vor Allem die Grundrechte ins Auge faßt und ihnen einen fast übergroßen Theil ihrer Zeit widmet, so braucht man darüber nicht zu lächeln. Es ist allerdings jetzt Mode, aber die Bestrebungen von 1848 zu lächeln, ich aber gestehe, daß der Mittelpunkt meines Lebens der Geist ist, der uns 1848 ergriffen und uns in die Reihen der Constitutionellen, das heißt, der vernünftig regierten Staaten geführt hat. Man hat der National-Verammlung vorgeworfen, über den Grundrechten die materiellen Interessen vergessen zu haben, aber ist denn das eine vernünftige Reaction, die jetzt das verschärfte Gegenheil will. War das Erste Falsch, so ist das Zweite Fieber und wahrlich, meine Herren, wenn Sie diese Richtung weiter verfolgen, so werden Sie weder die materiellen Interessen noch sonst etwas im Vaterlande fördern. M. H.! Wenn ich und viele meiner Freunde nicht dem Antrage Schulze-Bouneß zugestimmt haben, so geschah es lediglich deshalb, weil wir dem Antrage Braun den Vorzug geben, als einem solchen, von dem wir glauben, daß er angenommen werden müsse. Auch die Regierungen werden sich dem nicht entziehen können.

Die medlenburgische Regierung wird widerstreben, der medlenburgische

Landtag noch mehr. So lange dort die Ritterschaft Gesehe giebt, so lange fürchte ich all rings, daß an dieser Mauer die Macht der Ideen sich brechen wird. M. H.! Wir haben uns mit dem Antrage Braun auf das Allerwesentlichste beschränkt, nicht Kirchenpatronat, nicht Schulzustände, Eibische und andere Fragen von hohem Interesse haben wir aufgeführt; wir verlangen zunächst nur in der Freiheit der Person und Wohnung das Recht, zu gehen und zu stehen, in der Freiheit der Presse das Recht, zu zielen gleichzeitig zu reden. Unsere Absicht war von vornherein, nur solche Anträge einzubringen, die unentbehrlich sind, um die Verfassung in die Herzen des Volkes einzubringen zu lassen und sie an anderen Stellen für uns selbst annehmbar zu machen, ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Bodum-Dolffs (im Zusammenhange verständlich) bemerkt, daß er dem Antrage Braun nur zustimmen könne, wenn hinzugefügt wird, „und welche die in den einzelnen Staaten bestehenden Grundrechte nicht derogiren dürfen“, sonst könnte man annehmen, daß die Grundrechte in den Einzelstaaten auf das bestehende Maß, das sie in der Bundesgesetzgebung einnehmen, zurückzuführen sind.

Abg. Wachenbuser (Advocat in Boyenburg in Medlenburg): Ich glaube, der Herr Vorredner hat den Antrag Braun mißverstanden; es handelt sich um eine Generalbestimmung und liegt es in der Fassung des Antrages selbst, daß, wenn die Special-Verfassungen mehr gewähren, dieses Mehr nicht ausgeschlossen wird, daß die Bundesverfassung nur ein Minimum gewährt. Der Antrag soll ein Hebel sein, um gewissen Zuständen abzuhelfen, welche der Herr Abgeordnete für den vierten medlenburgischen Wahlkreis für historisch berechtigt hält, die ich aber für unvereinbar mit den Fortschritten der Cultur, dem Wohle und der Ehre eines ganzen Landes halten muß. M. H.! Sie haben zwar mein Amendement abgelehnt, aber aus dem, was der Abg. Wiggers-Berlin über medlenburgische Zustände gesagt und der Bundes-Commissar für Medlenburg selbst bestätigt hat, werden Sie entnehmen müssen, daß Sie uns nicht den Weg abschneiden dürfen, allmählig zu besseren Zuständen zu gelangen. Dazu bietet der Antrag Braun Gelegenheit. In demselben spricht sich der Liberalismus mit starker Mäßigung aus und ganz offenbar ist er ein Ausdruck des Compromisses zwischen verschiedenen Fractionen des Hauses. Deshalb glaube ich auch, daß der Antrag eine große Majorität im Hause finden und selbst von den Bundesregierungen nicht ungünstig aufgenommen werden wird. Ich denke nicht, daß der Conservatismus dieses Hauses soweit gehen wird, um auch solche Zustände, wie sie Moritz Wiggers schildert hat, conserviren zu wollen. Der Abgeordnete aus dem vierten Medlenburger Wahlkreis hat zwar versucht, solche Änderungen als Verfallungsbuch, als Unfälligkeit, als ein Unrecht zu constatiren, wobei ihm unheimlich werde, ich glaube, unheimlich werden, die Verfassung nach Schiod'scher Methode behandelt zu sehen. M. H.! Alle Contrabanten des Bundes wollen das Beste; das aber können sie nur erreichen, wenn sie sich auf der Höhe der Zeit halten. Die öffentliche Meinung verlangt, daß wir die Bedürfnisse des ganzen Volkes berücksichtigen und deshalb ist es Aufgabe des Reichstages, mit einer Aemterung der Verfassung, wie der Antrag Braun vorschlägt, vorzugehen. (Bravo!)

Abg. v. Binde-Hagen: Wir sind Alle darin einverstanden, daß der Verfassungsentwurf noch viel zum Ausbauen übrig lassen dürft, und daß unsere Nachkommen noch viel zu verbessern haben werden. Unsere Aufgabe ist es, das Mäandern der Verfassung vor dem Nothwendigen zurückstellen zu lassen. Zunächst müssen wir den Verfassungsentwurf vollenden. Wie derselbe nach außen hin nicht Alles auf einmal erreichen und nicht ganz Deutschland vereinigen wollte, so ist es ihm auch rathsam, im Innern gewisse Richtungen zu vermeiden und nur die wirtschaftliche Freiheit ins Auge zu fassen. Diese Beschränkung scheint mir eine wohlthätige. Ich bin bereit, jedes Amendement, das auf die politische Grundsatz und die wirtschaftliche Freiheit hinzielt, zu unterstützen. Aber, wie ich gestern gegen die Entscheidung des Wortes „indirecte“ stimmte, ebenso werde ich mich gegen den Antrag Braun erklären, der nicht einmal bestimmte Grundrechte ins Auge faßt. Ich habe es nicht verstanden, daß der Abg. Lasker heute eine große Rede für die Grundrechte gehalten hat. Bei dem Antrage Schulze-Bouneß hätte er es thun müssen. Diesen Antrag würde ich überhaupt vorziehen, denn ihm gegenüber wissen wir wenigstens, was wir wollen und sind nicht auf einen solchen allgemeinen Nebel angewiesen. Aus solchem Nebel heraus könnte man allenfalls auch einen Reichsunterricht vorschlagen, denn auch der steht mit den allgemeinen Verkehrsverhältnissen in Beziehung und dürfte auch für die Militärlage förderlich sein.

Beziehungen, wie sie Herr Lasker angeführt hat, finden sich nach allen Richtungen hin. Er hat an die neue Aera und die größere Fruchtbarkeit Berlins in derselben erinnert, er hat seine Sympathien für das Jahr 1848 ausgesprochen und nebenbei wohl die Tendenz verfolgt, die Kette, die ihn mit seinen früheren Freunden nach links verbindet, nicht ganz brechen zu lassen und vielleicht auch den Vorwürfen, die ihm in Berliner Zeitungen gemacht werden, entgegenzutreten und ich glaube, daß dies ganz nöthig gewesen sein mag, aber deshalb brauchen wir doch keine Grundrechte zu votiren. Er hat dann von idealen Richtungen gesprochen, idealer als das Amendement kann nichts sein. Damit kann man alles Mögliche anfangen. Der Antrag Schulze war wirklich besser als dies ideale Traumbild. Was die Pressegesetzgebung anbetrifft, möchte ich doch daran erinnern, daß wir mit einer Bundesgesetzgebung in dieser Materie unter dem selbigen Bundesstapel schon einmal schlimme Erfahrungen gemacht haben. Man wird freilich einwenden, daß es mit dem gegenwärtigen Bunde eine andere Sache ist; das räume ich als möglich ein, gewiß aber ist es nicht. Man hat auch auf Medlenburg exemplificirt. Glauben Sie denn, daß der medlenburgische Landtag, wenn Sie ihm vorhergehen, daß der Antrag Braun auf ihn gemünzt ist, seine Zustimmung dazu geben wird, solche Änderungen in die Bundesverfassung hineinzutragen? Der medlenburgische Landtag ist ja doch um seine Zustimmung so gut zu befragen, wie jeder andere Landtag. Meine Herren! Nehmen Sie den Antrag Braun nicht an. Sie können auch den nachfolgenden Reichstags-Vertrauen schenken. Wenn wir das nicht haben, so ist alles, was wir hier verhandeln, vollständig überflüssig. Der Abg. Braun hat uns neulich ein poetisches Citat angeführt, welches mich, aus einem so nüchternen und nur praktischen Interessen dienenden Munde kommend, um so mehr überrascht hat; ich freue mich, ihm in Bezug auf seinen Antrag mit gleicher Münze dienen zu können und gerade auf diesen den Vers anzuwenden zu können:

Sind wir unterm sichern Dach
Glücklich erst geboren,
Läßt für wohnliches Gemach
Sich schon weiter sorgen.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Nachdem mein Amendement so heftig angegriffen worden ist, rufen sich gleichsam Paternitäts- und Alimentations-Pflichten an diese Stelle, da ich einmal das Unglück habe, der Antragsteller zu sein. Ich sah voraus, daß eine große Reihe von Anträgen kommen würde, die dahin gerichtet wären, entweder alle oder doch einen großen Theil der Grundrechte der Reichsverfassung oder der preussischen Verfassung zu transponiren in die Verfassung des Bundes. Ich fürchtete, daß darüber ein großer Theil der uns so knapp zugemessenen Spanne Zeit verloren gehen würde; andererseits aber fand ich es doch nöthig, daß in der Richtung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit das Nöthige gewahrt werde, und um einen Mittelweg zwischen gar keinen Grundrechten und allen auf einmal zu finden, bin ich zu meinem Antrage gekommen. Ich habe freilich heute von Neuem den alten Erfruchtungsbaum befruchtet gefunden, daß die vermittelnden Parteien und Personen insofern einen bösen Standpunkt haben, als von beiden Seiten auf sie zugeschlagen wird. Indessen, wenn man persönlich, wie ich, eine gute Constitution hat, so kann man das schon vertragen. (Gelächter.) Wenn der Herr Abgeordnete, der seinen die Tribüne verlassen, die Vermittlung ausgeprochen hat, wir hätten diesen Antrag eingebracht, um Fühlung nach links zu behalten und die auf jener Seite halbwegs versicherten Sympathien wieder zu gewinnen, so will ich es dahingestellt sein lassen, ob das bei Einzelnen zutrifft; ich glaube es nicht; das aber muß ich doch sagen, daß solche Aeußerungen nur geeignet sind, den Geschmach an den nach rechts gebenden Richtungen ein wenig zu verberben.

Unser Antrag will die Feststellung der Grundrechte — und dadurch unterscheidet er sich von dem des Abg. Schulze — nicht zu einem Werke der Constitution oder der Constituirung, sondern zu einem Werke der Gesetzgebung machen; er will die Grundrechte nicht in die Verfassung schreiben, sondern dem nächsten legislativen Reichstage die Ausarbeitung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheiten einfach vorbehalten. Wir wollen unseren Nachfolgern

nicht vorgreifen, aber wir wollen auch nicht, daß ihnen von anderer Seite vorgegriffen wird. Auch wir wollen nicht bloß an einem Tage aufbauen, wir wissen recht wohl, daß wir nicht an einem Tage die ganze Wohlfahrt und Freiheit der Nation begründen können, aber wir wollen an der Baustelle, die wir jetzt begründen, mindestens einen Platz offen lassen, auf dem neben der Reichsgewalt auch die Reichsfreiheit ausgerichtet wird. Eben so wenig verfolgen wir die uns untergeschobenen Tendenzen des Uniformitens und Nibbelirens. Wir wollen nicht reglementiren, sondern normiren und deswegen diesen Vorbehalt zu Gunsten der Reichsgesetzgebung machen. Man wirft uns auch vor, wir vermischten die Grenze zwischen dem Nothwendigen und dem Nützlichen. Freilich, wer die Press- und Vereinsfreiheit für einen Luxus hält, der mag uns diesen Vorwurf machen. Wir aber halten dieselbe für notwendig, namentlich um die centrifugalen Tendenzen zu balanciren und unschädlich zu machen. Ich halte beide, die Vereins- und Versammlungs- wie die Pressefreiheit, für ein unentbehrliches Supplement des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes. Wenn die Masse in Bewegung gesetzt werden soll, so dürfen ihr die Mittel, sich zu belehren und zu verständigen, nicht geraubt werden, und wenn sie diese Mittel nicht hat, so liegt die Gefahr vor, daß die Wahlen von den centrifugalen territorialen Gewalten zu Ungunsten der Reichsgewalt verfälscht und corruptirt werden können.

Wenn man uns weiter gesagt hat, wir sollten uns doch an die Preßordnungen des alten Bundesstages erinnern, die seien doch wahrlich dem Interesse der Nation nicht förderlich gewesen, nun, meine Herren, der Unterschied zwischen der alten und neuen Bundesgewalt besteht eben darin, daß die Preßgesetzgebung des alten Bundesstages ein Verbot der Freiheit waren, und daß die unsrigen ein Verbot der Unfreiheit sein werden. Der alte Bundesstag verbot den Staaten, ihren Staatsangehörigen die Pressefreiheit zu gewähren, unsere neue Preßgesetzgebung soll es den Territorialgewalten unmöglich machen, ihren Unterthanen die Pressefreiheit zu entziehen. Der Reichstag wird nicht einen langen Corer ausarbeiten mit hundert und mehr Paragraphen, sondern er wird einfach sagen, in keinem deutschen Gebiet darf die Presse der discretionären Gewalt der Polizei oder der Verwaltung unterstellt werden. Wenn man in unserem Amendement eine Drohung gegen die Territorialgewalt sehen will, so würde das voraussetzen, daß die betreffenden Regierungen in der Übung ihrer Unterthanen eine Gefahr für sich sehen. Ich zweifle, daß es solche Regierungen giebt. Gabe es aber solche, nun so wären sie werth, daß sie zu Grunde gingen. Es ist uns vorgeworfen, wir schädeten dem Werke und dessen Annahme bei den Regierungen; es ist uns namentlich der medlenburgische Landtag entgegengehalten, der unsere Arbeiten schon ohnehin mit feindseligen Blicken betrachte. Nun, wenn er uns überhaupt schon feindselig ist, dann wird es auf ein Bischen mehr oder weniger nicht ankommen.

Jedenfalls aber ist die Frage, ob unser Werk getragen wird von der Sympathie der deutschen Nation oder nicht, eine viel richtigere als die, ob die medlenburgische Feindschaft um einen Zoll mehr avancirt oder zurücktritt. Ich komme auf einen anderen Vorwurf, den, daß die Möglichkeit vorliege, wie in einzelnen Ländern in Folge unseres Antrages die bereits bestehende Pressefreiheit abgeschafft werden könne. M. H., ich bin von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Antrag die verfassungsmäßigen Freiheiten der einzelnen Staaten nicht tangire. Er soll nur eine Grundlage schaffen, auf welcher demnach die Gesetzgebung der einzelnen Territorien fortbauen kann. Sollten aber noch Bedenken bestehen, so habe ich gar nichts dagegen, daß man auch das Amendement des Herrn Abg. von Bodum-Dolffs annimmt. Ich selbst habe noch einen Mangel in meinem Antrage entdeckt; ich möchte lieber statt „Angehörigen der einzelnen Staaten“ gesetzt wissen „Bundesangehörigen“, und will daher mit Erlaubniß des Herrn Präsidenten meinen Antrag so abändern. Wenn von dem Herrn Vorredner geschlossen worden ist mit einer Appellation an einen poetischen Ausdruck, den ich kürzlich citirte, mit dem Zufuge, daß er aus sehr nüchternem Munde gekommen sei, so glaube ich, man soll an richtiger Stelle poetisch sein, man solle aber auch an richtiger Stelle nüchtern sein. Der Platz, auf welchem wir die Verfassung des Bundes aufrichten, ist uns durch die Ereignisse des Jahres 1866 mit der vollständigen Präcision vorgeschrieben. Wir können an der äußeren Grenze unserer Baustelle nichts ändern. Aber auf dieser Baustelle ein Plätschen reserviren für die Freiheit, für den Wohlstand und für die Bildung der deutschen Nation, das können wir und das wollen wir! (Beifall.)

Von dem Abgeordneten Kraus ist folgendes Amendement eingegangen: „zu dem Antrage des Abg. Braun hinzuzufügen: „in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religionsübung.“

Abg. Wagnier (Neu-Stettin): Je mehr ich meinen Vorredner bisher als einen glücklichen Vater in Bezug auf seine Anträge kennen gelernt habe, desto unbefangener kann ich sein heutiges Amendement als einen ungerathenen Soph bezeichnen. Es ist aber, daß will ich im Voraus bemerken, trotzdem nicht meine Absicht, auf ihn zu „schlagen“, denn das würde ich für mich persönlich für etwas bedenklich halten. Der Herr Abg. Braun hat darauf hingewiesen, daß die Vermittlerrolle eine schwierige sei und daß namentlich Bemerkungen, wie die des Abg. v. Binde ihn abschrecken könnten, weiter die Fühlung nach rechts zu nehmen. Ich möchte ihn gern wieder verführen; ich möchte auch gern seine Vermittlung annehmen, wenn ich nur in diesem seinem Antrage irgend eine Vermittlung erkennen könnte. Ich finde aber in seinem Antrage durchaus nicht die praktische Grundlage, und das eigentlich Vermittelnde sind doch eben die praktischen Elemente. Ich kann daher in demselben nichts weiter finden, als einen angenehmen, erwärmenden Neben-eindruck für unverbundene, liberale Gemüther. Was bedeutet denn dies „gewisse Maß“? Ist damit irgend etwas definit oder gewonnen? Glauben Sie denn, daß Sie später mehr auf die Zustimmung der Mitglieder des Bundesraths zu rechnen haben werden als heute? Und dann möchte ich Sie doch noch einmal auf die andere Seite aufmerksam machen, auf die Gefahren, welche für die in den einzelnen Staaten bereits bestehenden Freiheiten durch diesen Antrag erwachsen. Schon Justus Möser sagte: „Nichts ist der allgemeinen Freiheit gefährlicher, als eine allgemeine reglementirende Gesetzgebung.“

Diese Besorgniß ist doch auch nicht so gering anzuschlagen. Denn ich bin überzeugt, daß der Reichstag immer mehr — ich will nicht sagen reactionär, aber doch conservativ sein wird, als die kleineren Landtage der einzelnen Staaten. Und was denken Sie sich denn unter dieser „Garantie gegen Polizei-Willkür“? Polizei-Willkür — das ist ja ihr Kennzeichen — lehrt sich eben nicht an bestehende Gesehe, und wie Sie ein solches Verfahren ausschließen wollen, nicht etwa durch bestimmte, concrete Vorschriften, sondern durch gewisse ideale, hohl klingende Ausdrücke, nehmen Sie mir das nicht übel, dafür geht mir das Verständnis ab. Ich verstehe es sehr wohl, wenn der Herr Abg. Braun sagt, er wünsche nicht nur die Reichsgewalt, sondern auch die Reichsfreiheit herzustellen. Aber das thut er gerade mit diesem Amendement auf eine höchst ungenügende Weise. Was nützt uns denn, wenn Herr Braun uns vorhält, was er wünscht und hofft und erwartet von der Gesetzgebung der künftigen Reichstage? M. H., ich habe wohl gehört, daß in einem bestimmten Lande sich die Wünsche der höheren Behörden nach den unteren Instanzen hin in Stodprügel krystallisiren; ich habe aber noch nie gehört, daß die beiden Wünsche irgend eines Reichstagsmitgliedes zu Gesehen krystallisiren und es ist mir daher unklar, woher er diese Garantie hat. Ich kann Sie daher nur bitten, dies Amendement abzulehnen und alle diese Gegenstände lieber der Specialgesetzgebung zu überlassen. Da werden Sie auch uns als freisinnige und selbst liberale Mitarbeiter finden.

Abg. Graf Schwerin (für das Amendement Braun): Ich würde mich nicht zum Worte gemeldet haben, wenn nicht die Rede des Abgeordneten für Hagen mir den Standpunkt zu der Sache in einer Weise verrückt zu haben schien, der mir eine Erwiderung notwendig erscheinen läßt. Der Abg. v. Binde glaubt, wenn man sich überhaupt hierauf einlassen wolle, so wäre es besser, lieber die Grundrechte selbst anzunehmen. Darin liegt doch eine so wesentliche Verkennung der Verschiedenheit in den Anträgen der Abgg. Braun und Schulze, daß ich darüber einige Worte sagen muß. Es handelt sich hier um die Feststellung der Competenz der Bundesgesetzgebung, darum, ob ein bestimmter Gegenstand derselben zugewiesen oder von ihr ausgeschlossen sein soll. Das ist doch etwas Anderes, als wenn ich in dieser Verfassung selber bestimmte Rechte feststelle und die Regierungen dadurch in die Lage setze, entweder die Verfassung nicht anzunehmen oder diese Gesehe, diese Rechte mit anzunehmen. Alle diejenigen, die diesem Amendement zustimmen, haben denselben Wunsch, daß das Verfassungswerk zu Stande gebracht werden soll, wie diejenigen, die ihm widersprechen. Man hat aber auch nach der zweiten Seite hin zu sehen. Die Verfassung soll nicht bloß den Regierungen münzgerecht

gemacht werden, sondern sie muß auch annehmbar erscheinen auf dem Boden der deutschen Volks-Anschauungen. Wie liegt nun die Sache, wenn das Amendement angenommen wird? Es ist die Möglichkeit vorhanden, in Bezug auf die Gegenstände, die das Amendement bezeichnet, in Bezug auf Presse, Vereinswesen u. s. w. ein Bundesgesetz zu geben.

Es kann also nichts anderes entstehen, als daß das, was jetzt Reichens ist, abgeändert wird, wenn die preussische Regierung und mit ihr meinetwegen die beiden Westfalen und Ruß l. 2. — denn durch diese wird die Majorität im Bundesrathe erreicht — und der Reichstag ihre Zustimmung dazu geben. Wenn aber Preußen der Meinung ist, daß in einem einzelnen Bundesstaat die Presse- und Vereinsgesetzgebung in einer Weise gehandhabt wird, daß davon Gefahr für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes zu befürchten ist, dann möchte ich, daß die preussische Regierung im Wege der Bundesgesetzgebung das Recht haben soll, ein solches Gesetz durchzuführen, wenn ihm der Reichstag ebenfalls zustimmt. So liegt die Frage und nicht anders. Ich kann daher wohl einsehen, wie diejenigen Herren im Reichstag, denen es wesentlich darauf ankommt, die Kompetenz der Reichsgewalt gegenüber den einzelnen Staaten, soweit es irgend möglich ist, einzuschränken, um die Zustände in den Kleinstaaten nach Möglichkeit zu conserviren, wie diese Herren gegen das Amendement sind; wie aber diejenigen Herren dagegen sein können, die da glauben, daß Preußen das Recht und die Macht haben muß, Deutschland zu leiten, es auf den Weg zu seiner Wohlfahrt und Sicherheit zu führen, davon habe ich keinen Begriff.

Ich wiederhole es, m. H., ein Uebergehen des Reichstages in Bezug auf Vereins- und Pressegesetzgebung ist nicht zu befürchten, weil, wenn die preussische Regierung mit ihren 17 Stimmen unter Hinzufügung der 3 medienburgischen und der 2 preussischen Stimmen nicht der Meinung ist, daß in Bezug auf die Gesetzgebung etwas zu ändern sei, dann auch in der That nicht geändert wird. (Abgeordneter v. Vinde (Hagen) macht eine verneinende Geste.) Ganz ungewissheitlich, Hr. v. Vinde! (Bewunderung des genannten Abgeordneten.) Ich bitte um Entschuldigung, ich glaube, daß mir ein verneinendes Zeichen gegeben wurde (Abg. v. Vinde (Hagen): Das bezog sich gar nicht auf Sie), ich habe mich also geirrt. — M. H. Das ist also der Sinn des Amendements; wenn Majorität des Bundesrathes und des Reichstages damit einverstanden sind, dann soll etwas geändert werden können; es kann das aber nicht geschehen, wenn wir das Amendement nicht unter die Kompetenzen der Bundesverfassung mit aufnehmen, dann bedarf es einer vorhergegangenen Veränderung der Bundesverfassung dazu, und diese ist immer ein viel bedenklicherer Gegenstand. Hier steht auch der Einfluß der preussischen Regierung zur, weil zu einer solchen Veränderung eine Majorität von zwei Dritteln nothwendig ist. Deshalb treffen die Argumente von conservativer Seite gegen das Amendement nicht zu. Wir wünschen das Zustandekommen der Verfassung; ich kann daher auch nicht mit dem Abg. Wagener diesen Antrag des Abgeordneten Braun, wie er scherzweise es that, ein ungerathenes Kind nennen, sondern ich muß anerkennen, daß er aus sehr gründlichen und richtigen Erwägungen hervorgegangen ist.

Es fällt uns auch gar nicht ein, uns zwischen zwei Stühle setzen zu wollen und, mir wenigstens nicht, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen zwischen rechts und links. M. H., ich liebe die Vermittlerrollen in der Weise durchaus nicht, daß man bald nach dieser, bald nach jener Seite hin ohne ganz bestimmte Gründe sich wendet, nur um auf der einen oder andern Seite sich Sympathien zu erhalten. Ich habe mich aber niemals gescheut und werde mich niemals scheuen, mit derjenigen Seite des Hauses zu stimmen, sei sie rechts, sei sie links, die meiner Ueberzeugung nach das Richtige im gegebenen Momente getroffen hat. Und das scheint mir hier diejenige Seite gethan zu haben, die dem Amendement des Herrn Abg. Braun sich anschließt. Mit dem neulich vom Herrn Abgeordneten Braun citirten und vom Abgeordneten Wagener wieder angeführten Verle ich mich vollkommen einverstanden. Aber, meine Herren, ich glaube, daß es zu einem Unterdrückung des Gedankens nothwendig gehört, daß man es nicht an den Säulen fehlen läßt, die das Dach zu tragen im Stande sind. (Bravo!) Läßt man bei dem Unterdrückung einige Säulen fehlen, m. H., dann stürzt das Haus wieder zusammen, ehe man in der Lage gewesen ist, es wohlthun einzurichten. Ich bitte Sie, stimmen Sie für den Antrag des Herrn Abg. Braun!

Präsident der Bundescommissarien Graf v. Bismarck: Ich habe nur das Wort ergriffen, um mich gegen eine Ansicht des Herrn Redners, der so eben die Tribune verläßt, auszusprechen, nämlich gegen dasjenige Argument, daß er nicht begreife, wie Jemand, der Preußens Führung auf dem Wege wolle, den ich mit ihm auch ferner gemeinschaftlich zu wandeln hoffe, dieser Sache widersprechen könne. Der Herr Redner hat dabei, glaube ich, ein Motiv unterschätzt, welches in mir wenigstens als Minister — ich sage nicht als Abgeordneter — das stärkste ist bei demjenigen Widerspruch, den ich gegen irgend einen der vielen hier auftretenden Amendements habe, nämlich die mich nie verlassende Sorge: werden wir dafür die Zustimmung der übrigen Regierungen erlangen? kann an dieser Sache die Zustimmung scheitern? ist die Sache der Mäße werth, das Ventil der Maschine auf diese Probe zu stellen? Und in dieser Beziehung kann ich mich der Argumentation des Herrn Redners anschließen; ich glaube, er hat schon dazu beigetragen, die Ueberschätzung der Bedeutung dieses Amendements, falls es angenommen würde, zu vermindern. Es handelt sich ja, wie schon vorher hervorgehoben ist, nur um den Unterschied der Gesetzgebung und der Verfassungsänderung (Sehr richtig!), um die Frage: ist zur Ausführung dieses oder jenes Grundrechts, dieser oder jener Garantie — es ist nicht ganz der richtige Ausdruck, aber die Herren verstehen mich — erforderlich, daß zwei Drittel der Stimmen im Bundesrathe vorhanden sind oder nur die größere Hälfte.

Um uns einen Gedanken von dem praktischen Werthe dieses Unterschiedes zu machen, lassen wir die Sache einmal nicht von der Seite des Druckes auf, der sich hinter das Durchdringen einer solchen Sache heben läßt, sondern von der Seite der Widerstandskraft. Bei dem Erforderniß von zwei Dritteln Majorität genügt Preußens Widerspruch mit 17 Stimmen, um das Zustandekommen unmöglich zu machen; bei Annahme dieses Amendements müßte dem preussischen Widerspruch mit 17 Stimmen etwa der sächsische mit 4 Stimmen zu Hilfe kommen. Und gerade für die beiden stärksten Regierungen im Bunde, wenn sie einzig sind, ist es nicht wünschenswerth, eine Sache durchzuführen; es würde dann nur noch eine einzelne Stimme hinzutreten dürfen, dann wäre die Majorität von 22 da, die einen Widerspruch im Bundesrathe erheben könnte, an dem die Sache scheiterte. Von dieser Seite betrachtet, hat die Sache auch für die Freunde des Amendements nicht den hohen Werth, daß sie darum das Ganze auf die Probe stellen sollten. Ich hoffe, daß wenn der Fall der Entscheidung eintrete, auch auf Seiten der Bundesregierungen durch solche Dinge unser Wert nicht gebindert werden würde, daß solche Anstände nicht ausreichen, um die Grundlage, die wir haben, zu zerstören und in die Luft zu sprengen; aber, m. H., sicher sind wir doch in dieser Sache nicht! Wenn ich hier als Abgeordneter spreche, so würde ich sagen: man kann es annehmen, man kann es ablehnen, ich sehe darum keine Gefahr für das Vaterland; als Minister kann ich nur dazu raten, es abzulehnen! (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Schulze (Berlin): Wenn ich mit meinen politischen Freunden für das Amendement Braun stimmen werde, so möchte ich doch Bemerkung dazu einlegen, als ob bei diesem Antrage großen Werth und große Bedeutung beilegen. Die Grundrechte gehören zu den Bestimmungen, die so fundamental und so bedeutend sind, wie die Staatsgewalt selbst, indem sie die Kompetenz zwischen Staat und Gesellschaft abgrenzen. Sie gehören also auch in die Verfassung selbst, sonst sind es überhaupt keine Grundrechte. (Beifall links.) Die Grundrechte aber haben Sie dem Volke nicht gewähren wollen; auch durch den vorliegenden Antrag werden sie keineswegs gegeben, sondern auf den Weg der gewöhnlichen Gesetzgebung verwiesen. — Dem Abg. Braun muß ich übrigens durchaus zustimmen, wenn er sagte, daß die Frage, ob das Verfassungsrecht getragen wird von den Sympathien der Nation, wichtiger ist, als daß der medienburgische Landtag zustimmt. Durch eine solche Einweisung und Vertheilung auf die Gesetzgebung, wie es durch den vorliegenden Antrag geschieht, während aber die Sympathien des Volkes nicht an das Verfassungsrecht geknüpft; das kann ich die Herren Antragsteller versichern; die Volksrechte werden also durch diesen Antrag nicht gewahrt; von der praktischen Seite hat das Amendement also keine große Bedeutung, denn es ist jetzt ja ganz in das Belieben der Regierungen gestellt, ob sie an Freiheitsrechten etwas gewähren wollen oder nicht; und es wird jetzt sehr schwer etwas zu erlangen sein, da die Gewährung der Grundrechte nicht zur Bedingung des Zustandekommens der Verfassung gemacht worden ist. — Ich werde indeß für den Antrag stimmen, wenn ich auch dabei sagen muß, daß es ganz gleichgiltig ist, ob sie denselben annehmen oder nicht. (Beifall links.)

Herrlicher Bundes-Commissar Hoffmann: Wenn es sich darum handelte, die bürgerliche und staatsbürgerliche Freiheit in Deutschland zu gründen, erst ein Plätschen für dieselbe zu suchen, so würde ich sicher nicht das Wort ergreifen, um auch nur das leiseste Bedenken dagegen zu äußern. Diese Rechte haben aber bereits ein Plätschen und sind in den deutschen Bundesverfassungen enthalten. (Auf links: Nein, Nein!) oder wenigstens in der Mehrzahl derselben (Auf links: Ja!) die Bundesverfassung wird gemacht nicht für die einzelnen Staaten, sondern für die Gesamtheit. In der überwiegenden Mehrzahl der Bundesstaaten sind diese Rechte bereits verfassungsmäßig garantiert, können also ohne Zustimmung der Stände nicht aufgehoben werden; es braucht also einer Garantie durch die Bundesgesetzgebung nicht. Ich kann deshalb ein dringendes praktisches Bedürfnis zur Einführung dieses Passus

nicht einsehen. Wenn aber die Regelung der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens wirklich Gegenstand der Bundesgesetzgebung werden soll, dann muß derselbe auch die Befugnis überwiesen werden, den Mißbrauch in der Presse (Auf: Ja!) gehörig zu bestrafen (Geldstrafe). Man muß den Idealismus nicht so weit treiben, daß man nicht auch den Mißbrauch hierbei entgegenzutreten sollte, und es ist gemeinsames Interesse der norddeutschen Staaten, der Bundesgesetzgebung in dieser Beziehung nicht die Hände zu binden. — Durch den getrennten gefassten Beschluß, das Wort „indirect“ zu streichen, haben Sie dem Bunde schon eine sehr weite Kompetenz eingeräumt. Es giebt sich überhaupt in der Verfassung eine sehr starke Neigung zu centralisiren. Im Interesse der Einigung Norddeutschlands und Süddeutschlands möchte ich Sie dringend bitten, der Versuchung des Centralisirens zu widerstehen. Der „Boden der Thatsachen“ wird hier so häufig hervorgerufen; ich möchte Sie einmal an den Rechtsboden erinnern, und Ihnen zu bedenken geben, daß der Verfassungs-Entwurf hervorgegangen ist aus den Bündnissen und Friedensverträgen zwischen Preußen und den übrigen Regierungen.

In den Friedensverträgen ist aber ausdrücklich bestimmt, daß der Bund gegründet werden solle „auf Grund der preussischen Reformvorschlüsse vom 10. Juni“. Der Verfassungs-Entwurf ist schon weit darüber hinausgegangen; die Regierungen haben demnach zugestimmt, obgleich die Rechte der einzelnen Staaten dadurch schon sehr beschränkt worden sind. Und dieser waren nicht etwa 22fache Motive vorhanden, sondern nur ein Motiv, das Bewußtsein der Nothwendigkeit, etwas Positives zu schaffen. Dies Motiv veranlaßt uns auch, eine Verständigung mit dem Reichstage zu suchen; und ich erkläre dies nicht nur in meinem Namen, sondern im Namen aller verbündeten Regierungen, daß wir die Hand zur Verständigung gern bieten; wir werden deshalb alle etwaigen Änderungen in sorgfältiger Erwägung ziehen. Bei der Annahme derselben stellen sich uns jedoch zwei Schranken entgegen; erstlich die Vertragstreue; diese werden wir auf jeden Fall wahren und deshalb selbst Abänderungs-Vorschläge, mit denen wir principiell einverstanden sind und die wir früher selbst gewünscht haben, ablehnen; ja nicht einmal erklären, daß wir damit einverstanden sind, wenn nicht vorher die Zustimmung der preussischen Regierung gesichert ist. Die zweite Schranke ist die, daß das Minimum der Selbstständigkeit, das den einzelnen Staaten noch übrig bleibt, nicht noch mehr zerstückelt wird. Dies ist ja auch die einzige Möglichkeit, Süddeutschland heranzuziehen, wenn das, was an föderalistischen Elementen in der Verfassung ist, erhalten bleibt. Ich bitte Sie deshalb dringend, zersplittern Sie nicht noch diesen Rest. (Beifall rechts.)

Nach Beendigung dieser Rede begibt sich Graf Bismarck zum Redner und unterhält sich längere Zeit mit demselben.

Es wird wiederum ein Antrag auf Schluß gestellt; derselbe wird jedoch wieder abgelehnt.

Abg. v. Unruh (Magdeburg): Aus denselben Gründen, wie der Abg. Braun, habe auch ich gegen die Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung gestimmt und mir dadurch eine große Selbstbeschränkung auferlegt, weil auch ich der Ansicht bin, daß wir etwas zu Stande bringen wollen. Aber wir müssen auch etwas zu Stande bringen, was wirklich haltbar, lebensfähig und entwickelungsfähig ist, und hierzu halte ich die Erweiterung der Kompetenz der Bundesgewalt für unbedingt nothwendig. Es ist ja natürlich, daß diesem Bestreben zunächst alle particularistischen Elemente entgegenstehen; und das beste Mittel gegen den Particularismus ist ja eben die Erweiterung der Bundeskompetenz. Ich bin deshalb für den Antrag Braun, aber gegen das Amendement Bodum-Dollfus. Für die Nothwendigkeit der Etablierung einer entwickelungs- und lebensfähigen Verfassung will ich mich noch auf zwei Autoritäten berufen, welche hofentlich diese Seite des Hauses (nach rechts deutend) vollständig anerkennen. Es ist der preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, jetzige Vorsitzende der Bundes-Commissarien und der frühere Gesandte am Bundesstage in Frankfurt. Aus der Feder des einen und dem Munde des anderen ist in der Bundestagsitzung am 18. December 1862 gegenüber dem österreichischen Delegirtenproject die Erklärung abgegeben worden, welche mit den heutigen Äußerungen des Herrn Vorsitzenden der Bundes-Commissarien durchaus nicht collidirt.

Mir scheint in dieser Erklärung das allerstärkste und schlagendste Argument für eine Erweiterung der Kompetenz enthalten. Dasselbe lautet: „Die Regierungen, die Volksvertretungen, die Bevölkerungen sind zu Opfern bereit, um große nationale Ziele zu verwirklichen. Allein darauf kann man gefaßt sein, die gegenüber einer ungenügenden Lösung, die zugleich weitere Fortentwicklung ausschließt, lieber auf dem Boden des Bundesrechts einzuweichen, als sich aufzugeben.“ In einer Erklärung in der Bundesversammlung vom 22. Januar 1863 heißt es: „Um ihr (der vorgeschlagenen Volksvertretung) einen befriedigenden Wirkungsbereich zu geben und zugleich eine erhöhte Bedeutung für die Einigkeit und Festigkeit des Bundes zu gewähren, würde dem centralen Organismus durch Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge, die dem jetzigen Bundesstage fehlende gesetzgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und deren Umfang in einer der Thätigkeit eines deutschen Parlaments würdigen (Abg. Schulze Berlin ruft: würdig!) Ausdehnung bemessen werden müssen. (Hört! Hört!) Wenn eine solche nach der Volkszahl bemessene Nationalvertretung mit Rechten ausgestattet würde, welche sie befähigten, der die Bundesregierung vertretenden Centralbehörde als Gleichgewicht an die Seite zu treten, so würde die königliche Regierung einer so gestalteten Bundesgewalt ausgedehntere Befugnisse einräumen, ohne die Interessen Preußens zu gefährden.“ Ich habe diesem nichts hinzuzufügen; es enthält die stärksten Gründe für die Annahme unseres Amendements. — Der Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. Graf Bismarck gegen den Abg. v. Vinde (Hagen).

Darauf wird zur Abstimmung geschritten; das Amendement Kraß wird angenommen, das Amendement Bodum-Dollfus abgelehnt. — Nunmehr wird über den Antrag Braun mit dem Amendement Kraß abgestimmt; da das Bureau auch nach der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, werden die Stimmen gezählt; die Zählung ergibt, daß 123 für, 128 gegen den Antrag gestimmt haben, derjelbe aber abgelehnt ist. Da die Differenz weniger als 15 St. beträgt, wird namentliche Abstimmung beantragt. Dasselbe ergibt das Resultat, daß der Antrag mit 130 gegen 128 Stimmen abgelehnt ist. Für den Antrag stimmten die Abgg. Auefeld, Graf Baudissin, Baumback, Baumstark, Dr. Becker, v. Bennigsen, Bodemann, Bode, Born, v. Böttcher, Bouneke, Braun (Bersfeld), Dr. Braun (Plauen), Dr. Braun (Wiesbaden), Buberius, v. Carlowitz, de Chapeaurouge, Dannenberg, Delius, Graf von Dohna-Roggenau, Dunder (Berlin), Graf Dohn, Dr. Giffen, Gräfen, Goss, Dr. Eichholz, Dr. Falt, Förl, Dr. Franke, Dr. Freytag, Fries, Gehr, Grumbrecht, v. Gruner, beide Freiherr v. Hammerstein, Dr. Hagener, Graf Hensel v. Donnermarck, Hergenbain, Hering, Heubner, Hehl, Freiherr von Hilgers, Hinrichs, Hoffmann, Holzmann, Hofius, Dr. Jaeger, Jüngels, Jungermann, Kammgesser, Dr. Kayser (Baberborn), Kib, Knapp, Dr. König, Köppe, Krog, Laster, Dr. Lette, v. Malindrodt, zur Meade, Meier (Bremen), Dr. Meyer (Ahorn), Michaelis (Stettin), Mindich, Miquel, Müller (Wolfsbittel) von Münchhausen, Dr. Oster, Bannier, Bogge, Freiherr v. Proff, Jönich, Dr. Proff, beide v. Puttmann, Pland, Rang, Dr. Re, Reichenheim, Reimer, Richter, Riebel (Sachsen), Römer, Dr. Röppel, Freiherr von Rothchild, Rüdert, Runge, Salzmann, Dr. Schaffrath, Dr. Schleiden, Schmid, Schrader, Schröder, Schulze, Dr. Frhr. v. Schwarzkoppen, Graf Schömerin, Seberin, Simon, Dr. Simon, Slesman, v. Spankeren, Thissen, v. Thünen, Trip, Twesten, v. Unruh (Berlin), Baron v. Baerff, Frhr. v. Vinde (Obernord), Wachenbuser, Wächter, Wagner (Altenburg), Dr. v. Warnstedt, Weber, Weich, Weigel, Weigold, Wiegand, Dr. Wiard, beide Wiggers, Wiffelind, Wölff, Wolff, Wulff, Wintemann, Dr. Zachariae. — Gegen den Antrag stimmten die beiden conservativen Fractionen, ein Theil der Ultraliberalen, die sächsischen Conservativen und einzelne andere Abgeordnete. Wir nennen von den Gegenstimmenden u. A. die Abgg. Webel, Schräps, Bodum-Dollfus, Rodden, v. Kleinsorgen, Dr. Michaelis (Kempen), v. Vinde (Hagen), v. Wetmann-Hollweg, v. Sanger, Dunder (Galle), von Sybel, Dr. v. Gerber, Habertorn, v. Wächter. — Die Voten stimmten nicht mit, sondern verließen vor der Abstimmung das Zimmer; bei der Abstimmung fehlten außerdem u. A. die Abgg. v. Hennig, v. Leipziger und Waldeck, welcher Letztere bei der ersten Abstimmung durch Aufstehen gleichfalls gegen den Antrag gestimmt hatte.

Darauf wird die Debatte über den oben mitgetheilten Antrag Twesten und das Amendement Schaffrath eröffnet. Vicepräsident v. Bennigsen übernimmt den Vorsitz.

Abg. Wagener (Neu-Stettin): Getreu dem Grundsatz: Timeo Danaos et dona ferentes habe ich mir den Antrag Twesten von allen Seiten angesehen, aber nichts Bedenkliches darin gefunden. Ich werde deshalb für dieses Amendement stimmen, da ich nichts Bedenkliches darin finden kann, es vielmehr eine Lücke ausfüllt, die der Ausfüllung bedarf, denn es fehlt in dem Entwurf die ausdrückliche Bestimmung, wie die Weiterbildung der Militär-gesetzgebung erfolgen soll. Die Ueberweisung derselben an den Reichstag ist meiner Ansicht nach ein Entgegenkommen, keine Beschränkung der verbündeten Regierungen. Ich kann das Amendement aber nur mit dem letzten Zusatz annehmen, da Preußen der Garantie bedarf, daß eine Veränderung der Militär-gesetzgebung gegen den Widerspruch Preußens nicht vorgenommen werden

kann. — Es ist dies kein größeres Zugeständniß, als wie man es Preußen bei der Feststellung der Rolle im Entwurf gemacht hat.

Abg. Dr. Michaelis (Kempen): Ich bin gegen den Antrag Twesten und für das Amendement Schaffrath. Als ich bei der allgemeinen Discussion den inneren Widerspruch, der nach meiner Ueberzeugung zwischen dem Verfassungs-entwurf und zwischen unserer bestehenden preussischen Verfassung stattfindet, zur Grundlage meines Urtheils in dieser Sache machte, hatte ich das volle Bewußtsein, damit den Schwerpunkt der ganzen Sache zu bezeichnen. Ich protestire hierbei gegen die Unterbrechung, als ob ich überhaupt feindselig gegen den ganzen Entwurf gestimmt wäre; ich hätte mich überhaupt nicht wägen lassen und wäre nicht hierher gekommen, wenn ich nicht den redlichen und ersten Willen hätte, zur Einheit nach meinen Kräften und nach meiner Ueberzeugung mitzuwirken. Aber das unwillkürliche Maß, wovon meine positive Mitwirkung abhängt, liegt darin, daß ich zu Gunsten des Entwurfs mit Bewußtsein nichts vergeben will, was wir an Volksrechten besitzen, ohne die Garantie zu haben, daß dies in anderer Weise ersetzt wird. — Gegen den Abg. Michaelis bemerke ich hierbei, daß wir nicht dazu zusammenberufen sind, um einen „festen und unabänderlichen Vertrag unserer Zustimmung zu geben“. Ich kann mir gar keine größere Desabourierung des moralischen Gewichts der Verfassung und der Volksvertretung denken, als daß wir zusammenberufen wären, ohne unsere Ansicht geltend machen zu können. Zum bloßen Sprechen ist doch das Parlament nicht da. Dann ist schon besser ein absolutes Regiment, als ein bloßes Scheinparlament. (Beifall links.) Die Frage ist also die, ob wir ein wahres Verfassungsleben in Preußen und Deutschland bewahren wollen.

M. H. Sie werden mir wohl gestatten, um meine Ansicht zu begründen, auf die allgemeine Discussion etwas zurückzugreifen. (Die Rechte unterbricht den Redner durch verschiedene Ausrufe: Nein! Nein! Oh!) Lassen Sie mich doch ausreden; es ist durchaus nothwendig, um den logischen Zusammenhang zu bewahren. (Seitens.) Mit großer Anerkennung muß ich hervorheben, daß der leitende Staatsmann selbst sich herbeigelassen hat, auf meine Bedenken in seiner ersten Staatsrede zu antworten und daß er die Sache nicht so leichtfertig behandelt hat, wie es von anderer Seite geschehen ist. Aber der Herr Präsident der Bundes-Commissarien hat mich leider in dem, was ich gesagt, vollständig mißverstanden. (Aufse von rechts: zur Sache.)

Vicepräsident v. Bennigsen (den Redner unterbrechend): Ich muß der Redner ersuchen, nicht weiter zurückzugreifen, als es zur Begründung seiner Ansicht über den vorliegenden Gegenstand nöthig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Michaelis (fortfahrend): Ich bitte mich fortfahren zu lassen, da es zur Begründung meiner Ansicht durchaus nöthig ist.

Vicepräsident v. Bennigsen: Der Herr Redner wird sich selbst überzeugen, daß es unmöglich ist, bei der Special-Discussion solche Abschweifungen zu gestatten.

Abg. Dr. Michaelis (fortfahrend): Ich gehe nicht weiter ein, als nöthig ist, fahre also fort. Ich bitte auch mir zu gestatten, was gestern unter demselben Herrn Präsidenten einem andern Redner erlaubt wurde, ohne unterbrochen zu werden. (Unruhe rechts.)

Vicepräsident v. Bennigsen: Eine solche Kritik des Vorliegenden ist nicht geziemend; ich habe gegen keinen Redner anders verfahren; will abrigens zu meiner Rechtfertigung noch anführen, daß der Abg. Scherer, um sein Amendement zu rechtfertigen, auf die constitutionellen Verhältnisse zurückgreifen mußte, also bei der Sache war.

Abg. Dr. Michaelis (fortfahrend): Ich erkläre noch einmal, daß ich nicht anders spreche, als zu dem Amendement Schaffrath und frage, ob ich so fortfahren darf.

Vicepräsident v. Bennigsen: Bis jetzt ist das Wort dem Redner noch nicht entzogen; ich würde aber in die Lage kommen, es ihm entziehen zu müssen, wenn er in dieser Weise fortfährt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Michaelis (fortfahrend): Der Herr Ministerpräsident hat mir die Worte in den Mund gelegt, daß der Geist der Verfassung mit dem Seelenheil auf derselben Stufe stünde, daß ich um jeden Preis jeden Artikel der preussischen Verfassung erhalten wollte. (Auf von rechts: zur Sache!) Er hat mich dabei ausdrücklich als katholischen Geistlichen bezeichnet. (Wiederholte Ausrufe: zur Sache.) Ich habe nur behauptet, daß die Verfassung eines Volkes für ein Volk das Selbstbewußtsein hat, dasselbe ist, wie die Seele für den Menschen, und daß ein Volk für die Verfassung und sein Recht kämpft, wie der einzelne Mensch für sein Seelenheil. (Stürmische Unterbrechung von der Rechten, wiederholte Ausrufe zur Sache! zur Sache!)

Vicepräsident v. Bennigsen: Ich muß den Redner zum dritten Mal unterbrechen. Da ich ihn schon zweimal ohne Erfolg aufgefordert habe, auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzukommen, tritt die Bestimmung des § 42 der Geschäftsordnung ein, wonach die Versammlung ohne Debatte beschließen kann, ob dem Redner das Wort über den vorliegenden Gegenstand entzogen werden soll. — Ich erlaube somit diejenigen Herren, welche wünschen, daß der Redner fortfahren soll, sich zu erheben. (Es erheben sich nur circa 50 Mitglieder von der Linken des Hauses.) Dies ist die Minorität; dem Abgeordneten Dr. Michaelis ist somit das Wort entzogen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Michaelis: Ich bitte um die Erlaubniß, wenigstens noch eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen.

Vicepräsident v. Bennigsen: Nach der Geschäftsordnung folgen die persönlichen Bemerkungen erst nach Schluß der Discussion; ich kann Ihnen das Wort dazu also jetzt noch nicht ertheilen, habe Sie aber dazu notirt.

Der Redner verläßt die Rednertribüne, gleich unter derselben hatte der Präsident Simon auf einem Stuhle Platz genommen, Redner wendet sich zu demselben und spricht sehr eifrig zu demselben, wie es schien, drückte er ihm seine Verwunderung über das gegen ihn eingeschlagene Verfahren aus.

Abg. Twesten weist bei Begründung seines Antrages auf die Unmöglichkeit hin, in einem so wichtigen Theil der Gesetzgebung eine Lücke bestehen zu lassen, die leicht durch eine königliche Dictatur ausgefüllt werden könnte. Schon gestern hat der Minister v. d. Heydt und heute Hr. v. Vinde auf die zukünftige Bundesgesetzgebung zur Ausfüllung anderer Lücken, der Besteuerung, der Grundrechte, verwiesen; aber es ist ein privates und staatsrechtlicher Grundsat, daß Niemand sich seine Kompetenz erweitern kann, auch der Reichstag nicht, es sei denn durch eine Veränderung der Verfassung. Eine andere hat er nicht, als die wir ihm heute zuweisen. Es liegt auch im Interesse der kleinen Staaten, in der Bundesgesetzgebung sich einen Schutz vor der gefährlichen Mediaлизация zu schaffen, der ihnen bei der Ausschließung des Militärs aus der Kompetenz des Reichstages nicht zur Seite stehen würde. Gegen den Antrag Schaffraths ist zu bemerken, daß die Krone Preußen immerhin vor Majorisirung sicher sein mag, daß aber dieser bloß factische Zustand im vorliegenden Falle in einen rechtlichen, gesetzlichen verwandelt werden müßte. Die Krone Preußen muß ein Veto einlegen können, auch wenn es sich um Änderung von Einrichtungen handelt, die nicht auf Gesetzen beruhen. Redner hält daher an dem von ihm gewählten Ausdruck „Einrichtungen“ in seinem Antrage fest.

Abg. Günther (Rittergutsbes.) in Ditsch a. Sachsen (für den Antrag Schaffrath, gegen den Twesten's): Wir hören hier immerfort, daß Preußen nicht majorisirt werden könne, daß der Eintritt des Südens eine Schwächung des Bundes sei, daß der Einheitsstaat auch um den Preis der Freiheit geschaffen werden müsse. Die Herren, von denen der von mir bekämpfte Antrag ausgegangen, nennen sich die Nationalliberalen. Aber er erscheint nur anscheinlich liberal, um dann auf halbem Wege umzukehren und in sein Gegenstück umzuschlagen, indem er zuerst der Bundesgesetzgebung den Kreis ihrer Kompetenz erweitert, um später dem Veto des Präsidiums Alles zu überlassen. So verfahren dieselben Männer, die Jahre lang dafür gekämpft haben, den preussischen Landtag zu einem unabhängigen Factor der Militär-Gesetzgebung zu machen. Wo liegt denn die Gefahr, aus Furcht vor welcher dem Veto des Präsidiums dies außerordentliche Zustandniß gemacht wird, zumal doch anzunehmen ist, daß Preußens Einfluß innerhalb des Bundes zugleich mit der Vermehrung seiner Mitglieder zu einem Ganzen wachsen wird? Diese Art von Liberalismus fürchtet sich vor sich selbst und gleicht dem Ruchlein, das die Gierchale mählig durchdringt, eine Gierchale, die ganz so ausseht wie eine Fidelebaube.

Auch national ist dieser Antrag nicht, weil er dem Wesen des Bundesstaates widerspricht und zu der Reihe centralisirender, unitarischer Anträge gehört, die in dem letzten Gipfel, der die Kompetenz des Bundes völlig schrankenlos machen will. Erst die neuesten Erklärungen des Grafen Bismarck und des heftigsten Bevollmächtigten haben mich in erfreulicher Weise über diese in der Versammlung überhand nehmende Richtung beruhigt. Ist es da nicht viel besser, daß wir den Einheitsstaat des Abgeordneten Groote stiften und seinen Entwurf annehmen, der zwar auch aus den Fürsten Reichshauptleuten macht, aber doch wenigstens mit lebendigen Menschen rechnet und die Provinzialität schont. Er nimmt aber doch auf unsere nationale Eigenschaft Rücksicht. Der Herr Präsident der Bundes-Commissarien hat in dem Ueberfluß des Unabhängigkeitsgefühls die Ursache der Schwäche Deutschlands, aber ich glaube, er hat die Ursache mit der Wirkung verwechselt. Die wahre Ursache waren die Fürsten. Jene Eigenschaft braucht man nicht erst zu bekämpfen, sie bekämpft sich zur Genüge selbst durch den Einheitsdrang in der Nation. Der Abgeordnete Twesten betont nur diesen Drang nach Einheit, aber er sieht von dem anderen Zuge völlig ab. Seine Annahme würde Preußen schwächen, weil er anderwärts Abneigung und Widerwillen gegen die Einheit und gerade da erzeugen würde, wo man sie eines Tages brauchen wird.

Präsident der Bundes-Commissarien Graf v. Bismarck: Im engen Anschluß an den zur Discussion stehenden Gegenstand bemerke ich, daß die Bundes-Commissarien bei ihren Beratungen diesen wichtigen Gegenstand nicht übersehen haben, sondern durch Erwägungen geleitet wurden, einen solchen Zufall für entbehrlich, wenigstens für jetzt entbehrlich zu halten. Doch bin ich jetzt in der Lage, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß sie gegen den Antrag Zweifeln nichts zu erinnern hat und nach Rücksprache mit dem Herrn Commissarius der großh. hessischen Regierung auch die Zustimmung der verbündeten Regierungen erlangen zu können glaubt. Sie hat diese Zustimmung noch nicht, hofft aber sie zu gewinnen. Dagegen muß sie den Antrag des Abg. Schaffrath ablehnen.

Abg. Freytag vertritt die Petition, die aus Leipzig an den Reichstag ergangen ist und das Recht in Anspruch nimmt, innerhalb des Bundesgebietes bei jedem nächsten Truppenkörper das Freiwilligenjahr abdiene zu können. Die sächsische Regierung hat dies für Leipzig und die dort befindliche preussische Garnison verweigert und damit eine Entregungsfahrt des vorigen Jahres illusorisch gemacht. Redner wird wiederholt durch den Ruf: „zur Sache!“ unterbrochen, gegen den ihn der Vicepräsident v. Bennigsen Anfangs in Schutz nimmt, da er glaubt, daß die Petition nur als Motiv zur Begründung des Zweifels an dem Antrag benutzt werden soll. Da sich aber schließlich herausstellt, daß der Redner die von ihm angenommene Petition, und nur diese, im jetzigen Stadium der Vorberatung dem Hause ans Herz legen will, so muß er darauf einstweilen verzichten und behält sich vor, an geeigneter Stelle darauf zurückzukommen.

Die Discussion wird geschlossen und zu einer persönlichen Bemerkung des Wort erteilt dem Abg. Dr. Michels (Kempen): Ich gebe die ruhige und wohl überlegte Erklärung ab, daß ich mein Mandat niederlege und den Saal verlassen werde. (Der Herr Abgeordnete legt seine Papiere zusammen und verläßt unter dem Beifall der Linken den Saal.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schaffrath in seinen beiden Theilen abgelehnt (dafür nur die Linke), der Antrag Zweifeln ungetrennt mit sehr großer Majorität angenommen, nachdem ein von der Linken ausgehender Versuch ihn ebenfalls wie den von Schaffrath zu theilen durch die Berufung des Präsidiums auf den untrennbaren Charakter des Antrags und den ausdrücklichen Wunsch des Antragstellers abgelehnt ist. Abg. Waldeck (zur Geschäftsordnung) bedauert durch den Schluß der Discussion verhindert worden zu sein, seine Stellung zu den beiden Anträgen darzulegen. . . .

Präsident Simson, der inzwischen den Vorles übernommen, unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß der Redner nicht zur Geschäftsordnung sprechen. Endlich wird der Antrag des Abg. Schaffrath, als Nr. 15 des Artikel 4 „das Bundesfinanzwesen“ als zur Competenz der Bundesgesetzgebung gehörig hinzuzufügen, mit derselben Majorität wie oben abgelehnt.

Abg. Broich (Regierungsrath a. D. in Schwerin) hat als eine besondere Nummer des Art. 4 beantragt, die Bestimmungen über die staatsbürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen, und spricht dafür bei sehr großer Unruhe des Hauses mit unerbittlicher Stimme. Abg. Lasker spricht gegen diesen Antrag, für den er bei seiner persönlichen Stellung zu demselben nur dankbar sein könne; aber wie er die Stimmung der Juden kenne, wollten sie keine Specialgesetzgebung und auch er nach seinem Gefühl verlange nach keinem besonderen Gesetz für sie. Abg. Dr. Koe versichert auf das Wort. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Als ebenfalls zur Bundesgesetzgebung gehörig, hat Abg. Baumstark beantragt, an geeigneter Stelle als neue Nummer dem Art. 4 beizufügen: Maßregeln im Interesse des Gesamtwohls für die Gesundheit der Menschen und der Thiere, zieht aber seine Fassung zu Gunsten der vom Abg. Grafen Schwerin empfohlenen „Maßregeln der Medicinal- und Veterinär-Polizei“ zurück, welche letztere vom Hause genehmigt wird.

Abgelehnt wird ferner der hierher gehörige Abschnitt VII. des Groteschen Entwurfs („die Gesetzgebung bezieht sich auch auf die Organisation des Heeres und der Landwehr u. s. w.“). Dafür stimmt nur ein Theil der Linken.

Abgelehnt wird die vom Abg. Schwarze empfohlene redactionelle Aenderung, die Nr. 11, 12 und 13 im Art. 4 in einem besonderen Artikel (Ab.) mit folgendem Eingange aufzunehmen: „der Gesetzgebung des Bundes unterliegen ferner 1) Nr. 11 des Artikel 4, 2) Nr. 12 des Art. 4, 3) Nr. 13 des Art. 4.“ — Der Antragsteller beruft sich auf den Unterschied zwischen Beaufsichtigung und Gesetzgebung, Abg. Zweifeln darauf, daß dem Bunde beides zugleich zustehen muß, Abg. v. Kadenau auf das Beaufsichtigungsrecht des alten Bundes. „Wenn das dem neuen Bunde nicht zustehen soll, dann hört Alles auf.“ (Heiterkeit.)

Abgelehnt wird ferner der Antrag des Abg. Zachariae: den ersten Satz des Artikels 4 des Entwurfs dahin zu fassen: „Außer den der Bundesgewalt in dieser Verfassung besonders zugewiesenen Angelegenheiten unterliegen der Beaufsichtigung des Bundes und der Gesetzgebung desselben die nachstehenden Angelegenheiten.“

Nummer wird der ganze Artikel 4 mit den angenommenen Aemendments mit überwiegender Majorität genehmigt, dagegen nur die Linke.

Zwischen Art. 4 und 5 hat Abg. Miquel den im Anfang des Berichtes mitgetheilten neuen Artikel einzufügen beantragt, der, wie er sagt, von den Abgg. v. Vinde und Günther belächelt wurde, bevor er noch gestellt war. Dann fährt er fort: die Verfassung beschränkt die Competenz der Organe des Bundes, während sie zugleich eine unbegrenzte Befugnis sie zu ändern gewährt. Ich und meine Freunde, wir beschränken uns auch, aber wir wollen einen willkürlichen Staat begründen, der die Fülle des Volkslebens nach allen Richtungen hin zu übernehmen vermag, nicht bloß der materiellen und der Fragen der äußeren Existenz, die dem Abg. v. Vinde die einzige Richtschnur sind. Wir haben nicht die Macht, unsere Wünsche in Gesetze zu verwandeln, aber auch bloße Versprechungen in der Verfassung sind nicht gleichgültig, sondern ihnen wohnt die Kraft eines Zeugnisses bei. Der Bund muß Aime und Weine haben und sich frei bewegen können auch über den vorher beschriebenen Kreis der Gesetzgebung hinaus, ohne jedesmal zu einer Aenderung seiner Verfassung schreiten zu müssen. Mein Antrag hilft ihm dazu. Er ist fast wörtlich der Reichsverfassung entnommen und seiner Zeit hat der Abgeordnete v. Vinde für ihn sogar gesprochen. Das mag die beruhigen, denen die Reichsverfassung als die wahre und correcte Verfassung des Bundesstaats gilt.

Unter Bund kann z. B. ein National-Museum begründen, ohne seine Verfassung zu verändern. Derartige Bedürfnisse werden sich immer herausstellen, ohne sich vorherzusehen zu lassen, und ihre Aufnahme in die Verfassung würde dieselbe zu einer Musterkarte unzulässig und uncorrecter Bestimmungen machen. Was die Einzelstaaten gefährdet, ist nicht die Freiheit, die ihnen der Bund bringt, sondern ihre eigene Unfreiheit, und sie brauchen ihn nicht zu fürchten, da der Bundesrath wie das Parlament doch wohl jederzeit aus vernünftigen Menschen bestehen wird. Die Freiheit gefährdet die Einzelstaaten nicht, sondern macht sie erst erträglich. (Oho! von den Vätern der Sachen.) Ja wohl, erst erträglich, und es soll mich freuen, wenn Sie mich widerlegen. Mein Antrag thut nichts Anderes, als daß er von der Verfassungsänderung auf den Weg der Gesetzgebung verweist, wenn sich dieselbe auch in den vorstichigeren Formen der Verfassungsänderung bewegen soll. Wir, die wir den Bund wollen, dürfen uns durch das Schredbild, das seine Gegner uns vorhalten, an seinem Aufbau nicht hindern lassen.

Abg. v. Thielau (Landesdeputierter in Sachsen). Fünfzehn Nummern sind schon da, nun soll noch eine mehr gemacht werden. Das Beispiel des Nationalmuseums spricht gerade dagegen: sollen wir etwa unser Geld hergeben, um irgendwo im Bunde ein Nationalmuseum zu gründen? Es ist schon genug Odium auf die kleinen Staaten gebaut, sie sollen an Allem Schuld sein. Im Jahre 1848 war es eine andere Gruppe von Staaten als heute, die sich zum Bunde sammelte. Aber wir sind hier im Vertrauen auf das königliche Wort, das wird uns schätzen gegen die Einheitsgelder von 234 preussischen Abgeordneten. Den Einheitsstaat zu begründen, dazu bin ich nicht hergekommen.

Abg. Wagener (Neustettin) gegen das Amendement Miquel, wie gegen alle Amendements, die nicht notwendig sind und die vorherigen Beschlässe nur schwächen würden. Der Bund, daß zu Verfassungsänderungen ein besonderer Apparat gehöre, besteht nicht mehr. Man macht sie wie jede andere Gesetzesänderung, nur mit den für sich selbst vorgesehenen Cautelen und Formen.

Abg. Graf Bethusy-Suc für den Antrag, Bundes-Commissar Hoffmann: er bedeute nichts oder die Centralisation. Der Antrag Miquel wird abgelehnt, desgleichen der Abschnitt II. des Groteschen Verfassungs-Entwurfs.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Wahlprüfungen.)

Berlin, 21. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat nachstehendes Handschreiben erlassen:

„Ich bin in Gott ruhender Vater, König Friedrich Wilhelm der Dritte hatte nach Beendigung der Befreiungskriege den Wunsch geäußert, an Stelle des alten Doms zu Berlin, Gott zu Ehren und zur Sammlung der christlichen Gemeinden, einen edleren Bau aufzuführen, als sichtbares Zeichen des Dankes für die in tiefer Noth erhaltene Hilfe des Herrn. Die damaligen Zeitverhältnisse ließen den Gedanken nur in unzureichendem Umfange zur Ausführung kommen, aber er ist als bleibende und stets wiederkehrende Mahnung auf die folgenden Geschlechter vererbt worden. König Friedrich Wilhelm der Vierte ersetzte diesen Gedanken von Neuem. Aber sein groß-

artiger Plan konnte der eintretenden hemmenden Verhältnisse wegen nicht zur Förderung gelangen. — Am Schluß dieses Meines Lebensjahres, in welchem ich und mit mir mein Volk nach neuen, schweren Kämpfen übermalt Gott für so viele reiche Gnade und den wiederbesessenen Frieden danken, tritt auch das Verlangen neu hervor, dem Danke, den wir mit Herz und Mund freudig bekennen, in solchem Werke einen gemeinsamen, bleibenden Ausdruck zu geben. Ich habe mich daher entschlossen, den Plan der Erbauung eines neuen, würdigen Doms in Berlin auf der Stelle, auf welcher der jetzige steht, als der ersten, evangelischen Kirche des Landes, wiederum aufzunehmen und will ich es wegen dessen Durchführung näher Vorschläge von Ihnen erwarten.“

Berlin, den 21. März 1867.

An den Minister von Mäbler.

[Der Präses des Marineministeriums, General v. Rieben], feiert nächstens sein 50jähriges Dienstjubiläum. Wie es heißt, will er seinen Abschied nehmen; für diesen Fall würde Contreadmiral Zachmann sein Nachfolger sein. — Das Gerücht, es würden noch mehr preussische Kriegsschiffe nach Shanghai gehen, soll falsch sein.

[Temme und das Obertribunal.] Das Obertribunal zu Berlin wird nächstens in der Lage sein, noch über einen Fall aus der Revolutionszeit von 1848 zu entscheiden, und zwar zugleich über einen Act des Obertribunals selbst. Bekanntlich wurde durch ein Erkenntnis des Obertribunals am Ende des Jahres 1850 der Ober-Landesgerichts-Director Temme zu Münster wegen seines politischen Verhaltens in den Jahren 1848 und 1849 disciplinarisch von seinem Amte entlassen, mit Verlust der Pension. Temme arbeitet gegenwärtig, wie die „Rheinische Zig.“ Briefen von ihm an seine Verwandten in Westfalen entnimmt, an einer Nichtigkeitsklage gegen jenes Urtheil, die natürlich nur an das Obertribunal selbst gerichtet und über die nur von diesem entschieden werden kann. Daß das Disciplinar-Urtheil an einer unheilbaren Nichtigkeit leide, weil es die Strafe des neuen Disciplinargesetzes auf Handlungen anwandte, die sämtlich vor Erlass des Gesetzes geschehen waren, wurde schon gleich damals in den öffentlichen Blättern vielfach besprochen. Temme fährt nun weiter aus, wie zugleich der von jeder Gesetzgebung anerkannte Grundsatz, daß nichtige Straferkenntnisse niemals rechtskräftig werden, auch in dem preussischen Rechte seine volle Gültigkeit hat. Temme schreibt, daß er zwar, zumal nach neueren Beschlüssen des Obertribunals, keine große Hoffnung habe, gleich jetzt mit seinem Nichtigkeitsgesuche durchzudringen, wie er denn hieran bisher gar nicht habe denken dürfen; er meint aber, daß er doch einmal den Anfang machen müsse, zu versuchen, daß er zu seinem Rechte komme, sollte er dessen Realisirung auch seinen Erben hinterlassen müssen. Auch Joseph Görres wußte das, und seine Erben verfolgten sein und ihr Recht erst im vorigen Jahre.

[Der französische Botschafter Benedetti] ist heute Früh nebst seiner Gemahlin wieder von Paris hier eingetroffen.

Δ Von der Eider, 20. März. [Der Geburtstag des Königs. — Verschiedenes. — Die Kieler Professoren-Politik.] Zu dem Geburtstage des Königs werden in sämtlichen größeren Ortschaften beider Herzogthümer Vorbereitungen getroffen; namentlich in den schleswigschen Städten, und zwar zunächst in denen Nordschleswigs, haben sich viele Bürger zur Theilnahme an den Festlichkeiten der königl. Geburtstagsfeier angemeldet. — In Flensburg sind zwei nordschleswigsche Rekruten arreirt, weil sie nach dänischem Rathschlage den Fahnenweid verweigert haben. — In der schleswigschen Landstätt Sundewitz sind in der jüngeren Zeit mehrere Bauernvögte gewählt worden, und es ist ohne Zweifel eine erfreuliche Thatsache, daß überwiegend, und zwar noch dazu mit einer ansehnlichen Stimmenmehrheit, fast ausschließlich deutschgesinnte Landleute mit den fraglichen Ehrenämtern betraut worden sind. — Der königl. Regierungspräsident für das Herzogthum Schleswig, Freiherr von Jedlich, hat den Herausgebern der dänischen nordschleswigschen Blätter: „Freia“ in Apenrade und „Vestfriesk Tidende“ in Møgeltondern unter Androhung sofortiger Entziehung der bezüglichen Zeitungs-Concessionen die künftige Erörterung der nordschleswigschen Abstammungsfrage, des nordschleswigschen Beamtenhums und der Gedeihungsfrage verboten. Der „Freia“ ist außerdem der Abdruck politischer Abhandlungen aus der Feder eines deutschschleswigschen Apenrader Tabaksfabrikanten, Namens Junggreen, untersagt worden. — In den drei nordschleswigschen Landbezirken: Hadersleben, Lystrup und Gram haben von den sämtlichen Schullehrern nur 15 den Homagialeid beanstandet. — Selbst das „Rendsburger Wochenblatt“, ein ohne Zweifel nicht besonders preußenfreundliches Blatt, schreibt über den Abgang der Professoren der Rechte und der Anatomie, der Herren Pland und Behn, von der Kieler Universität: „daß bei Beiden politische Motive mitgewirkt haben werden, um gerade jetzt abzutreten, unterliegt wohl keinem Zweifel. Man mag den Abgang bedauern; fast man aber die wissenschaftliche Aufgabe der Universität in erster Reihe ins Auge, so ist nicht zu fürchten, daß unter den neuer Verhältnissen dieser der geringste Abbruch geschehe, und unserer Ansicht nach hätten sich die Lehrer der Universität ohne Schaden des Landes von der praktischen Politik fern zu halten, zumal Professoren-Politik nicht einmal beim Volke in allzu günstigem Rufe steht.“

Arnsberg, 18. März. [Neu wahl.] Da der seitens des Wahlkreises Dipe-Meschede-Arnsberg als Abgeordneter zum Reichstage des norddeutschen Bundes gewählte Regierungsrath v. Mallinckrodt das ihm gewordene Mandat niedergelegt hat und sonach eine neue Wahl erforderlich ist, so wird der Tag, an welchem die Wahl in dem zweiten, die landrätlichen Kreise Dipe, Meschede und Arnsberg umfassenden Wahlkreise stattfinden hat, auf Freitag den 29. März festgesetzt.

Stuttgart, 18. März. [Anschluß an Preußen.] Gestern fand wiederum eine Volksversammlung, und zwar in Weidlingen statt, wo 200 Versammelte sich dahin verständigten, daß der norddeutsche Bund ein nationaler Fortschritt sei, und die Südstaaten sich diesem baldigst anschließen müßten, daß die Stuttgarter Konferenzbeschlüsse vom 5. Februar mit Ausnahme der Bestimmung, welche die Stellvertretung aufhebe, nicht gutgeheißen werden könnten, daß die Regierung sich schleunigst an Preußen anschließen müsse.

Belgien.

Brüssel, 18. März. [Die Arbeiterunruhen in Roubaix] gingen von den Webern aus, die in den Spinnereien der Herren Scamps und Delatte père et fils arbeiteten. Dieselben hatten eine Lohnherbesserung verlangt, die ihnen unter der Bedingung bewilligt wurde, auf zwei Maschinen anstatt einer zu arbeiten. Einige gaben diesem Vorschlage ihre Zustimmung, aber die größte Zahl wollte kein Zugeständnis machen und die Meuterierheften singen an, die ihrer Kameraden zu mißhandeln, welche sich versöhnlich gezeigt hatten. Dann begaben sie sich in die Fabriken ihrer Arbeitgeber, und nachdem sie dieselben in Brand gesteckt hatten, plünderten sie einige Häuser, unter andern das des Hrn. Scamps und das Stablisement des Hrn. Desroussau. Der durch den Telegraph benachrichtigte Präfekt von Lille kam gegen 2 Uhr mit einer Brigade der Gendarmen und etwa 100 Mann der Garde nationale in Roubaix an. Die heftigsten Arbeiter waren fast alle Roubaix fremd. Sie waren größtentheils Flämänder oder Rouleux, d. h. Arbeiter, welche von Stadt zu Stadt ziehen und keinen festen Wohnsitz haben. Die Bevölkerung von Roubaix ist den Ereignissen fremd geblieben.

ben, deren Schauplatz ihre Stadt war. Unter den Verhafteten befinden sich zwei der Brandstifter, welche die Fabrik Scamps in Brand steckten.

[Für das allgemeine Stimmrecht] haben zwei Manifestationen stattgefunden; am Sonnabend hat sich das „liberale Meeting“ in einer Resolution für das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, und zugleich einen Protest gegen eine Aeußerung des Justizministers erhoben, welcher in der Kammer sich in dieser Frage einigermaßen schroff gegen die Nothwendigkeit der größeren Ausdehnung des Wahlrechtes ausgesprochen hatte, und am Sonntag hat die „Ligue de peuple“ eine Verbindung, welche eigens für diese Frage gebildet worden ist, eine erste Versammlung gehalten, um sich in gleichem Sinne auszupprechen.

Breslau. In der Sitzung der historischen Section der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur hatte Herr Gymnasial-Lehrer Dr. Martgraf zum Gegenstande seines Vortrages gewählt das Verhältniß Georgs von Bohmen zum Papste Pius II.

Der Vortragende suchte nachzuweisen, durch welche Mittel Georg von Podiebrad, als er am 2. März 1458 den böhmischen Thron als Wahlkönig bestiegen hatte, die Anerkennung seitens der Curie erlangte, wie er aber später, zur Erfüllung seiner dabei gemachten Versprechungen gedrängt, nachdem er die Entscheidung vier Jahre lang bingezogen, sich doch endlich zum offenen Bruche mit Rom entschloß. Seine Wahl wurde durch die Verwandten des letzten Königs Ladislaw und durch die nicht um ihre Stimme besorgten Nebenländer angesetzt und das böhmische Reich kam in die Gefahr, durch Anschluß der letzteren an die deutschen Präbenden, insbesondere Schleiens, an Herzog Wilhelm von Sachsen zerfallen zu werden. Der Vorwand zur Opposition gegen Georgs rein nationale Wahl, die eben deshalb so verfaßt war, fanden die deutschen Nebenländer vor Allem in dem utraquistischen Bekenntnis desselben. Deshalb war es von vornherein sein Bestreben, durch die Erlangung der päpstlichen Anerkennung dieser Opposition die Spitze abzubrechen. Gleich bei seiner Krönung leistete er einen Eid, auf Grund dessen ihn Papst Calixt III. schon als katholischen Fürsten begriffen haben soll. Dessen Nachfolger Pius II. war zwar vorsichtiger, drängte ihn aber nicht öffentlich zu weiteren Schritten, sondern begnügte sich mit einem am 9. März 1459 für des Königs Person gelisteten Obedienz. Beide Eide geschahen heimlich und wurden erst 1462 bekannt. Da der König durch Versprechungen in Betreff des Mantuaner Congresses und des Türkenzuges, um die sich Pius II. Politik drehte, denselben immer mehr für sich gewann, so erreichte er dadurch, daß der Papst selber ihm Schleien und endlich auch Breslau, das sich auf seine Entscheidung berufen hatte, in die Arme trieb. Mit eben so großer Klugheit und weniger Zweideutigkeit, wenn gleich durch Mittel, welche die Conflicte immer nur vertagten, ohne sie zu lösen, war es ihm gelungen, in den brandenburgisch-bairischen und ungarisch-österreichischen Händeln eine schiefschierliche Stellung einzunehmen, die ihm nicht nur die allgemeine Anerkennung sicherte, sondern ihm auch eine Macht verlieh, daß er die Hände nach der höchsten, der kaiserlichen Krone ausstrecken durfte. Dabei suchte er seinen kirchlichen Standpunkt immer weiter in derselben Unklarheit festzuhalten, um nicht, da er nach beiden Seiten hin engagirt war, mit der einen brechen zu müssen. Wie aber Pius ihn immer drohender an seine Verpflichtungen mahnte, so erkannte er selber immer deutlicher, daß die einzig sichere Stütze seiner Macht nur die hussitische Partei sei. So kam er dann wieder ganz auf den durch seine bedingungslosen Eide bereits ausgegebenen Standpunkt Wladyslavs zurück, der an der Rechtmäßigkeit der Compactaten festhielt, obwohl sie von der Curie nicht bestätigt worden waren. Im Frühjahr 1462 erfolgte die Entscheidung in Rom, als der König öffentlich für sich und das Reich die Obedienz leistete und doch die Compactaten fordern ließ. Pius dagegen ließ sie — zum ersten Male mit großer Feilheit — als ungültig erklären, brach aber die Verhandlungen deshalb nicht ab, sondern sandte den Nuntius Jantin de Valle, bisherigen Procurator Georgs, nach Prag. Da löste der König durch die bekannten Vorgänge auf dem Laurentius-Feiertage das bisherige Verhältniß zu Pius offen auf, durch die Gefangennahme Jantins noch eine Gewaltthat hinzufügend.

Durch Benutzung noch ungedruckter Materialien aus dem lateinischen Manuscripte Eichenloers konnte der Vortragende manches neue Licht auf diese Vorgänge werfen, so daß die Zweideutigkeit des Königs jetzt im Gegenjage gegen die Darstellung Paladys außer Zweifel steht.

J. Ruken als Secretär der Section.

Breslau, 22. März. [Polizeiliches.] Gefangen wurden: Friedrich Wilhelmstraße 26 ca. 40 Jhr. baarcs Gelo; Breitenstraße 14 eine silberne Spindeluhre; Blücherplatz 5 ein noch wenig getragener Tuchrock mit schwarzem Sammetragen, schwarzen Knöpfen und dem Erinnerungsfestzug pro 1866 versehen; in den Taschen des Rockes befanden sich ein auf den Hrn. Dominikus Mathschel vom Schleis, Altmann-Regt. Nr. 2 lautender Militär-Urlaubspass, ferner ein Paar weisse wachseberne Handschuhe, eine Haarbürste mit Spiegel und Kamm und ein Schreibzeug mit blauem Umschlag; Westergasse 8 ein blau und weisfarbter Ledertisch, zwei dergl. Kopfkissen-Überzüge, 1 weisses Tischuch, 1 Parquet-Unterrock, 1 Oberhemde von Schirting, 1 Frauenhemde, 2 kleine Mädchenhemden, 2 Handtücher, 2 weisse Taschentücher, 1 buntes Taschentuch, 2 Paar Strümpfe und 3 große Mangelstücke von grauer Leinwand; Vorderbleiche 7 ein brauner Tuchrock mit schwarzem Sammetfutter.

Polizeilich mit Beschlag belegt: Ein Paar Knabenkleider von schwarzem Duffel, 1 größere u. 1 kleinere Daamstierbeute, erfahre gezeichnet J. S. 4, letztere J. R. 5, 1 Frauenunterjacke ge. J. R. 3, 2 weisse leinene Mannshemden, 1 weisses Bettuch ge. J. R. 5, 1 weisses Handtuch ge. J. S. 1, zwei Kinderhemden, 1 lattunene Schürze, 1 Paar Frauenkleider von Parquet, 1 rothgepunktetes Kinderhöschen, 1 Knabenhöschen von weissem Duffel mit rothem Kragen und Aufschlägen, 1 roth und braun wollenes altes Kinderhöschen und 1 weisses Damasttischuch ge. S.

Verloren wurde: Ein großer neuer Fels-Belagtrag mit lila Seide gefutert und ein leinener Beutel mit 9 Sgr. 3 Pf. Inhalt. (Fremdenbl.)

[Personalien.] Kapl. Joh. Staritz in Jeschona als solcher nach Bilkowis. — Kapl. Ed. Schneider in Oßig als 3. Kapl. nach Liebenthal. — Kapl. Gust. Kausche in Gr. Peterwitz als solcher nach Gr. Vogels. — Pfarr-Adm. Karl Ruch in Gr. Döbern als Pfarrer daselbst. — Kreis-Vicar Theob. Wirsing in Neumarkt als Pfarr-Adm. nach Oßig. — Kapl. Jos. Wawersig in Oßigsdorf als solcher an das Kloster der Barmherzigen Brüder in Frankfurt.

Abjd. Rob. Rieger in Heinersdorf als solcher nach Weigwitz, Kr. Neisse.

— Breslau, 21. März. [Bezirksverein der südlichen Vorstadtbezirke.] In der gestrigen Versammlung präsidirte Herr Schierer und trug die, die Einquartierungsfrage betreffende Petition vor, welche von der in voriger Sitzung ernannten Commission entworfen war. Dieses an die städtischen Behörden zu richtende Gesuch lautet, ähnlich dem von dem oberbürgerlichen Verein acceptirten, im Wesentlichen dahin, die Einquartierung in Friedenszeiten möge aus der Natural- in eine Geldlast verandelt und, wenn es erforderlich, höchsten Orts eine dahin gehende Aenderung des Gesetzes beantragt werden. Für Kriegszeiten möge Magistrat Sorge tragen, daß eine gleichmäßigere Verteilung der Einquartierungslast statfinde, als solches im Jahre 1866 der Fall gewesen ist. Nach kurzer Debatte wurde das Gesuch angenommen und demnach mit zahlreichen Unterchriften versehen. Hierauf verlas Herr Schierer die vom Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung gelangte Vorlage, das neue Regulativ für die Einquartierung im Frieden und daran knüpfte sich eine Besprechung. Herr Hofferichter gebachte der anderweit gepflogenen Verhandlungen, wonach die Commune allerdings den Militärbehörden gegenüber die Einquartierung als Realstat zu übernehmen habe; es sei jedoch ein Abkommen der Weisheiten und der Communalverwaltung nicht ausgeschlossen, daß sämtliche Einquartierungsmannschaften ausgemietet werden, wie dies ja das Beispiel von Berlin während der Mobilmachung beweise. Herr Simson entgegnete, es lasse sich nicht der Mobilmachung beweise. Herr Simson entgegnete, es lasse sich nicht der Mobilmachung beweise. Herr Simson entgegnete, es lasse sich nicht der Mobilmachung beweise.

Wie der Vorsitzende mittheilte, erhält der Verein regelmäßig die gedruckten Stadtverordneten-Vorlagen; allein in den wenigen Tagen von Montag bis Donnerstag lassen sich die Sachen nicht leicht in den Bezirksversammlungen erledigen, was aber namentlich bei Personalfragen, wie die Wahl von Bezirksvorstehern, Schiedsmännern u. dergleichen, wünschenswert wäre. Anlässlich eines Schreibens über Pflasterung und Trottoirlegung entspann sich eine Debatte über die einschlägigen haupolizeilichen Bestimmungen und wurde die Noth-

wendigkeit einer neuen Baupolizei-Ordnung hervorgehoben. Indem man die Wahl des definitiven Vorstandes auf die nächste Sitzung anberaumte, ernannte die Versammlung eine Commission, welche die Vorschlagsliste unter entsprechender Berücksichtigung der 7 vereinigten Bezirke entwerfen soll.

Stettin, 22. März. [Ende des conservativen Wochenblatts.] Das „Stettiner Kreisblatt“, welches seit 1 1/2 Jahre mit dem Organ der conservativen Partei verbunden war, wird vom 1. April d. J. ab wieder allein und in der früheren Weise erscheinen, wogegen die „Stettiner Zeitung“ gleichzeitig von ihren Lesern Abschied nehmen wird. Die „Stettiner Zeitung“ wurde vor 5 Jahren unter der Redaction des Herrn Professors Tzschick gegründet und erschien zum ersten Male am 1. April 1862. Seit 1. Januar 1864 erscheint das Blatt unter der Redaction des Herrn v. Wittenburg. (Anz.)

B. Löwenberg, 20. März. [Hofconcert.] Unter außerordentlich zahlreicher Theilnahme der Zuhörer, die von nah und fern herbeigeeilt waren, um sich an dem hohen Kunstgenuss zu beisteigern, fand am 17. d. M. das sechzehnte Concert der Hofkapelle Sr. Hoheit des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsburg statt. Die Leistungen der Kapelle, welche Beethoven's achte Sinfonie und die Duettarien zu „Manfred“ und „Benvenuto Cellini“ von Schumann und Berlioz ausführte, verdienten und fanden die allgemeinste Bewunderung und gipfelten in dem ergreifenden Vortrage der hochtrauernden Todtschmerz-Symphonie. Das herrliche Streichquartett, wie die trefflich bestellten übrigen Stimmen — alle diese einzelnen Glieder einen sich in diesem Orchester zu einem Körper. Denkt man sich nun diesen Körper von einer Seele belebt, die des Aufschwunges zu den erhabenen Regionen, in denen die Meister ihre Werke schufen, fähig ist, so ist das Bild, welches uns stets vorwölbt, wenn wir dieser Künstlervereinigung als begeisterte Zuhörer gegenüberstehen, vervollständigt. An demselben Abend ward uns noch die Freude zu Theil, unsere verehrte Gesangsmeisterin Frau Dr. Mamppe-Babnig im Vortrage der „Scene und Arie“ der Julia aus Spontini's „Bestandtheil“ und der „Corella“ aus Mendelssohn's unvollendeter Oper gleichen Namens, von welcher das Finale mit Chor und Orchester aufgeführt wurde, zu hören. Die Künstlerin sang, sicherlich unter dem Eindruck der Weihe einer solchen Feier, mit einer Begeisterung, die in den Herzen der Zuhörer den lebhaftesten Wiederhall fand. Berichten wir noch, daß die Sopranistin Sr. Hoheit des Fürsten, Fräulein Alide Lopp, durch den eleganten Vortrag einer großen Salonoper von Raff glänzte und daß die Leistungen des Chores durchweg befriedigten, so haben wir uns der angenehmen Pflicht entledigt, über eine Aufführung zu berichten, die in uns nur wohlthunende Erinnerungen zurückgelassen hat.

Aus dem Niesengebirge, 20. März. [Zwei Bekanntmachungen.] Herr Landrath v. Gräbenitz macht bekannt, daß „das seit her von C. Beholz in Warmbrunn redigirte und verlegte Hirschberger Kreisblatt vom 1. April d. J. ab in dem Verlage des Buchdruckerei-Besitzer Herrn Bund in Hirschberg erscheinen“ — und für 10 Sgr. pro Vierteljahr auch bei den königl. Postämtern zu haben sein werde. — Hr. Bund hatte schon einmal die Ehre, das Kreisblatt drucken und verlegen zu dürfen, obgleich er zur liberalen, von Manchem sogar zur demokratischen Partei gezählt wurde. Aus uns unbekannten Gründen trat er den Druck und Verlag im vorigen Jahre, und zwar noch vor Ablauf der Contractzeit an Herrn Beholz ab, der für hochconferatib galt. Jetzt wird also Hr. Bund wiederum mit dem Verlage des Kreisblattes und auch mit dem Titel: „Hirschberger Kreisblatt“ aber dem jetzigen Verleger nicht mehr beigelegt. Wenn Hr. v. Gräbenitz ferner sagt, daß das Kreisblatt „seit her von C. Beholz redigirt“ worden, so widerlegt er damit selbst seine bekannte Bekanntmachung vom 17. Jan. d. J. In derselben befürchtete Hr. v. Gr. ausdrücklich, daß Beholz die contractliche Verpflichtung habe, nur die vom Landrath oder dessen Stellvertreter beigelegten Artikel aufzunehmen, daß der Herr Landrath den v. Beholz eben deshalb, weil derselbe den bekannteten unterständigen Artikel in Nr. 3 unbefugt aufgenommen, zur Verantwortung ziehen und das Ergebnis öffentlich mittheilen werde. Letzteres ist bekanntlich nicht geschehen, obgleich Hr. Beholz selbst die Bekanntmachung verlangt hat. Auch die Preis-Angaben sind verschieden. Auf der ersten Seite werden 12 1/2 Sgr. und in der Bekanntmachung des Hrn. Landraths auf der letzten Seite nur 10 Sgr. verlangt. — Nach einer zweiten Bekanntmachung in demselben Blatte ist „es in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, daß schon längst verstorbenen Veteranen seitens der königl. Regierung Unterstufungen angewiesen worden“, was seinen Grund darin haben soll, daß die Ortsbehörden die „vorgezeichneten“ Anzeigen von den betreffenden Todesfällen nicht erstattet hätten, „mithin die betreffenden Veteranen noch lebend in den Listen geführt worden seien“. So viel uns bekannt, müssen alle diejenigen, welche keine fortlaufende Pension, sondern nur zeitweilige Unterstufungen erhalten, ihre Gesuche jedesmal erneuern. Dabei mag es allerdings „mehrfach“ vorgekommen sein, daß der Bescheid auf das Gesuch resp. die Unterstufungs-Anweisung erst nach dem Ableben des Büttlers eingetroffen ist. Zur Vermeidung des hieraus entstehenden unnötigen Schreibverkehrs beauftragt daher Hr. v. Gr. die Orts-Bezirke, ihm „von jedem Todesfalle eines Veteranen sofort Mittheilung zu machen“, widrigenfalls er unnahezu eine Ordnungsstrafe von 3 Thalern festsetzen werde.

H. Nimptsch, 20. März. [Zur Tages-Chronik.] Gestern feierte der Vorwerksbesitzer Herr Schöps hierseits sein 50jähriges Bürger-Jubiläum. Außer Anderen beehrte ihn der Jubilar auch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten. — Die hiesige Sparkasse hatte im vorigen Jahre eine Einnahme von 26,093 Thlr., die Ausgabe betrug 22,667 Thlr., Restbestand am Kassens- und Rechnungs-Abschluß 1866: 3426 Thlr. Der Reinerfordern beträgt 7519 Thlr.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad in Barometer-Säulen, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. März 10 U. Ab.	329.53	-1.0	W. 3.	Bedeckt.
22. März 6 U. Morg.	331.79	-3.0	NW. 2.	Trübe.

Breslau, 22. März. [Wasserstand.] D. B. 16 R. 1 R. u. B. 2 R. 9 R.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Elberfeld, 22. März. In der engeren Wahl wurde Gneiff mit einer Majorität von 96 Stimmen gegen v. Schweizer gewählt. **London, 21. März.** Disraeli versprach dem Unterhause eine irische Reformbill. Ein Meeting bei Gladstone beschloß, die zweite Lesung der Reformbill nicht sofort zu bekämpfen. (Wolff's L. B.)

Bukarest, 21. März. Unruhen werden heute befürchtet; die Truppen sind in Bereitschaft. Die Abends zum Festen der Kretenser arrangirte Theateraufführung wurde unterbrochen. Gegen zahlreiche Bauern, die unzureichender Weise von der Kammer Grundbesitz verlangten, mußte das Militär einschreiten. Mehrere wurden verhaftet, die Ruhe wiederhergestellt. (Wolff's L. B.)

Danzig, 21. März. Bei der gestern stattgehabten Nachwahl erhielten der Candidat der Liberalen Bischoff 4309, der Candidat der Conservativen Martens 3799, der katholische Pfarrer Redner 495 und Steffens 684 Stimmen. Zwischen Bischoff und Martens tritt die engere Wahl ein.

Paris, 21. März. Der „Abend-Moniteur“ enthält eine Depesche aus Vera-Cruz vom 16. d., nach welcher die Räumung Mexicos seitens der französischen Truppen jetzt vollendet ist; Marshall Bagnine war bereits am 12. März abgereist. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend. Weitere Nachrichten aus Mexico waren nicht eingelaufen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 21. März, Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse war sehr matt. Die 3 1/2 wick schließlich bei 68.60. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 5proc. Rente 68.60. Italien. 5proc. Rente 53.80. 2proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 406.25. Credit-Mobil-Aktien 456.25. Lombard. Eisenbahn-Aktien 411.25. Oester. Anl. von 1865 pr. ept. 326.25. 5proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungef.) 84 1/2.

Paris, 21. März, Nachm. 3 Uhr. Vantausweis. Vermehrt: Baarvorrath um 5 1/2, Vorschüsse auf Werthpapiere um 1/2, Guthaben des Staats-Schatzes um 1 1/2 Mill. Francs. Vermindert: Vorsehule um 20 1/2, Notenumlauf um 10 1/2, Rechnungen der Privaten um 5 1/2 Mill. Francs.

Newport, 21. März. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 109. Goldagio 34 1/2. Bonds 109 1/2. Illinois 115 1/2. Erie 58 1/2. Baumwolle, 31. Petroleum, rohes, 16 1/2.

London, 20. März, Nachm. 4 Uhr. Consols 91 1/2. 1% Spanier 35. Italien. 5proc. Rente 53 1/2. Lombard 16 1/2. Mexicaner 17 1/2. 5proc. Russen 87 1/2. Neue Russen 88. Russ. Prämien-Anl. von 1864 90 1/2. Russ. Prämien-Anleihe von 1866 89. Silber 60 1/2. Türkische Anleihe 1865 30 1/2. 5proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 74 1/2. — Wetter trüb.

London, 21. März, Abends. Vantausweis. Notenumlauf 21,869,895 (Abnahme 179,530). Baarvorrath 19,461,446 (Zunahme 205,301). Notenreserve 11,557,815 (Zunahme 370,340) Pfd. St.

Wien, 21. März. [Abend-Börse.] Haltung überwiegend matt. Credit-Aktien 183.50. Nordbahn 161.50. 1860er Loose 85.45. 1864er Loose 78.45. Staatsbahn 208.10. Galizier 217.50. Czernowitzer —. Steuerfreie Anleihen 61.60.

Frankfurt a. M., 21. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Breuss. Kassenscheine 105 1/2. Berliner Wechsel 104 1/2. Hamburger Wechsel 88 1/2. Londoner Wechsel 119 1/2. Pariser Wechsel 94 1/2. Wiener Wechsel 91 1/2. Finnland. Anleihe 83 1/2. Neue Finn. 4 1/2. Pfandbriefe 83 1/2. 6% Verein. Staaten-Anl. pro 1882 77 1/2. Oester. Vantausweis 673. Oester. Credit-Aktien 169 1/2. Darmst. Vantausweis 206. Rheininger Credit-Aktien —. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oester. Eisenbahn 107 1/2. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigsbahn-Verband 154 1/2. Hessische Ludwigsbahn 132 1/2. Darmst. Zettelbank —. Oester. 5% steuerf. Anl. 48. 1854er Loose 58 1/2. 1860er Loose 67 1/2. 1864er Loose 72 1/2. Badische Loose 53. Kurhessische Loose 55 1/2. 5% Oester. Anleihe von 1859 61 1/2. Oester. Nat.-Anl. 53 1/2. 5% Metalliques 44 1/2. 4 1/2% Metall. 40. Bayerische Prämien-Anl. 99 1/2. Bei ruhigerem Geschäft recht feste Haltung.

Hamburg, 21. März, Nachmittags 3 Uhr 30 Min. Fonds angenehme. Valuten lebend. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90 1/2. — Schluß-Course: National-Anleihe 54 1/2. Oester. Credit-Aktien 72. Oester. 1860er Loose 66 1/2. Mexicaner —. Vereinsbank 109 1/2. Norddeutsche Bank 120. Rheinische Bahn 115 1/2. Nordbahn 81 1/2. Altona-Kieler 129 1/2. Finnland. Anleihe 81 1/2. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 86 1/2. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 82 1/2. 5proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 70 1/2. Disconto 1 1/2 pCt.

Hamburg, 21. März. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig, ab auswärtig geschäftlos, aber behauptet, auf Termine besser. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 154 Bancothaler Br., 153 Gld., pr. Frühjahr 149 Br., 148 Gld. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Gld. pr. Frühjahr 89 Br., 88 1/2 Gld. Hafer ruhig, mehlensburger zu 74 bis 77 faßlich. Del schwach behauptet, pr. Mai 25 1/2, pr. Oetbr. 26 1/2. Spiritus sehr ruhig. Raffee und Zink sehr stille. — Trübes Wetter.

Liverpool, 21. März, Mittags. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. — Rubig. Middling American 13 1/2, middling Orleans 13 1/2, fair Dhollerah 11 1/2, good middling fair Dhollerah 11 1/2, middling Dhollerah 10 1/2, Bengal 8 1/2, good fair Bengal 9 1/2, Scinde —, Domra 11 1/2, Bernam —, Egyptian —. **Paris, 21. März, Nachmittags 3 Uhr.** Rüböl pr. März 92.00, pr. Mai-August 95.00, pr. September-Dezember 95.00. Mehl pr. März 72.75, pr. Mai-Juni 74.50. Spiritus pr. März 59.50.

Antwerpen, 21. März. Petroleum, raff. Type, weiß, 48 Francs per 100 Kilo.

B. Gleiwitz, 11. März. Heute fand hierseits die Plenar-Sitzung der Handelskammer für die Kreise Gleiwitz, Bleich und Hybnitz statt, zu welcher sich sämtliche Mitglieder und Stellvertreter derselben eingefunden hatten. Der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Commerzienrath C. Friedländer, eröffnete die Sitzung mit der Mittheilung des Inhalts der seit der letzten Plenar-Sitzung eingegangenen Schriftsätze. Das an des Herrn Justiz-Ministers Excellenz im Januar d. J. abgegebene Gesuch um Errichtung eines Handelsgerichts in Gleiwitz hatte zwar zur Zeit nicht den erwarteten Erfolg, indes liegt die Vermittelung dieses, in der Geschäftswelt allgemeinen Wunsch, wohl in nicht allzu weiter Ferne. Es ist nämlich der Kammer auf ihr Gesuch eröffnet worden, daß die Errichtung eines Handelsgerichts in Gleiwitz nicht eber erfolgen könne, als bis das in Aussicht stehende neue Gesetz über die Einrichtung von Handelsgerichten in den außereheinischen Landes- theilen erlassen sein werde. Die im letzten Referat vom Januar d. J. erwähnten Willkürlichkeiten der russischen Zollbehörde beim Durchgangstransporte von Waarenverladungen aus Preußen via Sosnowice-Thorn, dürfen in Folge der von der Kammer hierüber erhobenen Beschwerde nicht leicht wieder vorkommen. Jene Behörde entschuldigte nämlich ihre Maßnahmen mit der Unkenntnis des diesseitigen jollamtlichen Verschusses, und deshalb hat das königl. Hauptzollamt zu Plesowitz, um einem derartigen Einwande bauend zu begegnen, das königl. Nebenzollamt zu Raitowitz angewiesen, der russischen Zollbehörde durch den betreffenden Begleitungsbeamten vor der Ankunft preussischer Verschlußwagen von der Zahl und Art des Verschusses Anzeige zu machen. — In Folge eines von Herrn Schleifinger erstellten Antrages auf Ermäßigung des Bahntarifs für Sendungen von Erzen, Ziegeln, Steinen und Stabeisen, wurde schließlich eine aus vier Handelskammer-Mitgliedern bestehende Commission gewählt, welche die allgemeine Tariffage eingehend erörtern und alsdann geeignete Anträge auf Herabsetzung der Frachttarife für Sendungen aller Art stellen soll. — Ein Referat des Herrn Silbergleit über Communicationsmittel, in welchem auf die Wichtigkeit und dringende Nothwendigkeit der Deregulirung hingewiesen wird, rief den Beschluß hervor, je eine Abchrift desselben an die Handelskammern zu Breslau, Frankfurt a. d. O. und Stettin zu senden, und diese zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen in dieser so wichtigen Angelegenheit aufzufordern. Hieran schlossen sich die Vorberathungen für den pr. 1866 zu erstattenden Jahresbericht, welcher späterhin durch den Druck veröffentlicht werden wird. Da derselbe nach fast 4stündiger Sitzung noch nicht beendet waren, wurde der Antrag auf Vertagung angenommen und eine außerordentliche Sitzung auf den 10. April d. J. anberaumt.

Stettin, 20. März. In der heutigen Generalversammlung der Stettiner Portland-Cement-Fabrik wurde nach Abschreibung von etwas über 20,000 Thlr. auf Kalklager, Gebäude und Maschinen, eine Dividende von 20 pCt., oder 100 Thlr. per Actie für das Jahr 1866, zahlbar am 1. Juli d. J. beschlossen. Die nach dem jährlichen Turnus aus dem Comité auscheidenden Mitglieder wurden wieder — an Stelle des verstorbenen Herrn Hesseland Herr Alexander Schulz neugewählt. (Ost.-Stg.)

Malländer 10 Frs. Loose von 1866. Bei der am 15. März stattgehabten Serienziehung der Stadt Malländer Frs. 10-Loose von 1866 wurden folgende Serien zu 100 Stück Loose gezogen: Serie 3514 4326 4470 6677 7495 und fielen bei der alsbald vorgenommenen Gewinnziehung auf folgende Nummern die beigestellten Prämien. Serie 6677 Nr. 12 a 50,000 Frs., Serie 3514 Nr. 25 a 1000 Frs., Serie 6677 Nr. 18 a 500 Frs.

Es darf nunmehr als genügt angesehen werden, daß der Regierungsrath Mebes, zur Zeit Mitglied der Direction der Niederhessisch-Märkischen Eisenbahn, zum Vorstehenden der neu zu bildenden königlichen Eisenbahn-Direction zu Kassel ernannt werden wird. Herr Mebes zählt zu den jüngsten Beamten (er ist erst vor wenig Monaten zum Regierungsrath ernannt), gilt aber für eine so bedeutende Capacität, daß die fernere Leitung der Hessischen Nordbahn Verwaltung bei ihm jedenfalls in guten Händen ruht.

Reminiscere-Messe in Frankfurt a. O. Unsere diesmahlige Frühjahrsmesse, wird aus Frankfurt a. O. geschrieben, hat ein recht lebhaftes Aussehen, indem, abgesehen von den Verkäufern, sich die hier gewohnte kleine Kundschafft zahlreich eingestellt hatte. Auch einige Polen waren da. Größere Käufer, wie sie theils regelmäßig zu dieser Messe, theils ausnahmsweise sich einzufinden pflegen, wurden dagegen meist vermisst. Indem ich zunächst vom Productenmarkt berichte, beginne ich mit rohen Häuten und Fellen, von welchen Rindshäute bei ziemlich lebhaftem Geschäft besser als bisher bezahlt worden sind. Kalbfelle galten in großer seiner Waare 160 Thlr. per Hundert, in mittleren Sorten 140 Thlr.; kleinere je nach Größe und Gewicht 100—120 Thlr. das Hundert. Für Roshäute ist in besseren Sorten bis 32 Thlr. per Decker gelöst worden; schwere Primawaare befand sich nicht am Markt. Schaffelle fanden ziemlich guten Absatz. Von Rauchwaaren erwieß sich die vorhandene Zufuhr um etwa den dritten Theil geringer als voriges Jahr. Bezahlt wurden für Landfische 1 1/2 Thlr., Steinmarder 3 1/2 Thlr., Baummarder 4 1/2 Thlr., Nis 1 1/2—2 Thlr., Otter 3 1/2 Thlr. per Stück. Von Hafenfellen sind Landbäfen mit 22 Thlr. das Hundert bezahlt worden. — Auf dem Tuchmarkt war die Stimmung für Musterstoffe günstig, für glatte Artikel aber sehr schlecht. Die Frage für Amerika fehlte und wer verkaufen mußte, konnte das nur mit großem Nachtheil bewerkstelligen.

Zum Ober-Tribunal-Erkenntnis, betreffend die Berechnung der Wechsel-Protellage, schreibt die „V. Z.“: Seit lange ist der Ausfertigung eines Erkenntnisses nicht mit solcher Spannung in kaufmännischen Kreisen entgegengekommen worden, wie der jüngst getroffenen Entscheidung des Obertribunals über die Berechnung der Protellage. Aller Voraussicht nach werden aber noch Wochen vergehen, bis der Wortlaut dieses Erkenntnisses vorliegen wird. Wir haben deshalb über den Sachverhalt einige genauere Erkundigungen eingegeben, und das, was wir hierbei in Erfahrung gebracht, besetzt uns in der Annahme, daß das Obertribunal in diesem Falle keine principieller Entscheidung getroffen habe, welche die bisherige allgemeine Praxis zu ändern geeignet erscheine. Es handelte sich in dem konkreten Falle nämlich um einen Wechsel, welcher am Dienstag vor dem der kriegerischen Ereignisse des vorigen

Jahres halber angeordneten Extra-Bußtag — derselbe fiel bekanntlich auf einen Donnerstag — fällig gewesen war. Der Protest war Mangels Zahlung am Freitag erhoben worden. Der Anwalt des Klägers behauptete nun die Rechtzeitigkeit des Protestes und suchte auszuführen, daß der Extra-Bußtag ein allgemeiner Feiertag im Sinne des Artikels 93 der Wechsel-Ordnung gewesen sei, eine Ansicht, gegen welche wir uns wiederholt ausgesprochen haben. Das Obertribunal hat nun in dem jetzt ergangenen Erkenntnis dahin entschieden, daß diese Streitfrage hier ganz unerheblich sei, denn Art. 92 der „V. Z.“ lautet: „Fällt der Zeitpunkt, in welchem die Bornehme einer der im Wechsel-Verkehr vorkommenden Handlungen spätestens gefordert werden mußte, auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so muß diese Handlung am nächsten Werktag gefordert werden.“ Der letzte Tag sei aber in diesem Falle ein freier Donnerstag und also kein Feiertag gewesen, und deshalb habe an diesem „Donnerstage“ protestirt werden müssen, gleichviel, ob der Extra-Bußtag ein Feiertag gewesen sei oder nicht. Die Bestimmung des Art. 41 der „V. Z.“: „Die Erhebung des Protestes ist am Zahlungstage zulässig, sie muß aber spätestens am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage geschehen“, ist also in diesem Erkenntnis nicht ausdrücklich erörtert, und es scheint das Obertribunal nur versucht zu haben, die Entscheidung der Streitfrage über die Qualität des Extra-Bußtages als Feiertag zu umgehen, und dabei übersehen zu haben, in welchen Conflict es mit seiner Entscheidung zum Art. 41 der Wechselordnung geräth.

Berliner Börse vom 21. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn Stamm-Aktion	
Freiw. Staats-Anl. 10 1/2	104 bz.	Dividende pro 1864. 1865.	
Staats-Anl. von 1859 5	104 bz.	Aachen-Mastrich	—
ditto 1850 52 1/2	91 1/2 bz.	Amsterd.-Rott. 71 1/2	71 1/2
ditto 1854 4 1/2	91 1/2 G.	Berg-Märkische 71 1/2	71 1/2
ditto 1855 4 1/2	100 1/2 bz.	Berlin-Anhalt. 119 1/2	119 1/2
ditto 1856 4 1/2	100 1/2 bz.	Berlin-Görlitz 10 1/2	10 1/2
ditto 1857 4 1/2	100 1/2 bz.	ditto St.-Prior. 8 1/2	8 1/2
ditto 1859 4 1/2	100 1/2 bz.	Berlin-Hamburg 16 1/2	16 1/2
ditto 1864 4 1/2	100 1/2 bz.	Berlin-Potsd.-Magd. 16 1/2	16 1/2
Staats-Schuldscheine 3 1/2	83 1/2 bz.	Berlin-Stettin 7 1/2	7 1/2
Präm.-Anl. von 1855 3 1/2	121 bz.	Böhm.-Westb. 5	5
Berliner Stadt-Oblig. 3 1/2	99 1/2 G.	Breslau-Freib. 8 1/2	8 1/2
Kur- u. Neumark. 3 1/2	78 1/2 bz.	Cöln-Minden. 15 1/2	15 1/2
Pommersche 3 1/2	77 1/2 bz.	Cosel-Oderberg 8 1/2	8 1/2
Posenische 4	—	ditto St.-Prior. 4 1/2	4 1/2
ditto 4 1/2	—	ditto dito 5	5
ditto neue 4 1/2	88 1/2 G.	Galiz.-Ludwigsb. 9 1/2	9 1/2
Schlesische 3 1/2	86 1/2 G.	Ludwigsb.-Borb. 9 1/2	9 1/2
Kur- u. Neumark. 4 1/2	91 1/2 bz.	Magd.-Halberst. 25	10
Pommersche 4 1/2	91 1/2 bz.	Magd.-Leipzig 15 1/2	20
Posenische 4 1/2	90 1/2 bz.	Magd.-Ludwigsb. 7 1/2	3
Preussische 4 1/2	90 1/2 bz.	Necklenburger 3 1/2	3
Westph. u. Rhein. 4 1/2	85 1/2 bz.	Nessau-Brieger 4 1/2	55 1/2
Sächsisch. 4 1/2	92 1/2 bz.	Niedersch. Märk. 3 1/2	3 1/2
Schlesische 4 1/2	92 1/2 bz.	Niedersch. Zwegb. 3 1/2	3 1/2
Landes- u. 11 1/2	92 1/2 bz.	Nordb. Fr.-Wilh. 4	4
Goldkr. 9 1/2	92 1/2 bz.	Oberschl. A. 10	11 1/2
		ditto B. 10	11 1/2
		ditto C. 10	11 1/2

Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.	
Oesterr. Metalliques 5 1/2	46 1/2 bz.	Berg-Märkische 4 1/2	—
ditto Lot.-Anl. 5 1/2	5 1/2 a % bz.	ditto II. 4 1/2	—
ditto Lot.-Anl. 60	67 bz. u. B.	ditto IV. 4 1/2	93 1/2 bz.
ditto 64	41 1/2 bz. u. B.	ditto III. v. St.-St. 3 1/2	78 1/2 bz.
ditto 54er Pr.-A. 4	59 1/2 bz.	Cöln-Minden 4 1/2	99 1/2 G.
ditto Eisenb.-L. 4	67 1/2 bz.	ditto II. 5	102 1/2 bz.
ital. neue 5proc. Anl. 5	53 1/2 bz. u. G.	ditto 4	87 1/2 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862 5	86 1/2 G.	ditto III. 4	84 1/2 bz.
ditto Holl. Anl. 1864 5	87 1/2 G.	ditto IV. 4 1/2	94 1/2 bz.
ditto Poln. Sch.-Obl. 4	62 1/2 bz. u. G.	ditto 4	85 bz.
Poln. Pfandb.-L. 500 Fl. 4	57 1/2 bz.	ditto V. 4	85 bz.
Poln. Obl. a 500 Fl. 4	91 1/2 G.	ditto III. Em. 4 1/2	—
ditto a 300 Fl. 5	91 1/2 G.	Gal. Ludwigsb. 5	78 1/2 B.
Karlsruhe 40 Thlr. Obl. 5	85 1/2 G.	Niedersch.-Märk. 4	90 G.
Baden 35 Flr. Loose 4	40 G.	ditto conv. 4	90 G.
Amerikan. St.-Anl. 16	78 1/2 a % bz.	ditto III. 4	—

Bank- und Industrie-Papiere.		Wechsel-Course.	
Berl. Kassen-V. 7 1/2	8 1/2	Augsburg 100 Flr. ...	2 N 56.24 G.
Braunsch. B. 7 1/2	8 1/2	Leipzig 100 Thlr. ...	8 T 99 1/2 G.
Bremer Bank. 7 1/2	8 1/2	ditto ...	2 M 99 1/2 G.
Danziger Bank. 7 1/2	8 1/2	Frankfurt a. M. 100 Flr. ...	2 M 56.24 G.
Darmst. Zettelb. 7 1/2	8 1/2	Petersburg 100 R.-R. ...	3 W 89 1/2 bz.
Geraer Bank. 7 1/2	8 1/2	ditto ...	3 M 88 1/2 bz.
Gothaer ... 7 1/2	8 1/2	Warschau 90 R.-R. ...	8 T 80 1/2 bz.
Hannoversche B. 5 1/2	4	Bremen 100 Thlr. Gold 8	T 110 1/2 bz.
Hamb. Nordb. B. 7 1/2	8 1/2		
Verins-B. 7 1/2	8 1/2		
Königsberger B. 6 1/2	7 1/2		
Luxemburger B. 4	6		
Magdeburger B. 5 1/2	6 1/2		
Posener Bank. 7 1/2	8 1/2		
Preuss. Bank-A. 10 1/2	11 1/2		
Thüringer Bank-A. 4	5		
Weimar ... 7	8 1/2		

Berlin, 21. März. Roggen loco 78—79 1/2. 55—55 1/2 Thlr., 79—80 1/2. 55 1/2—55 1/2 Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco flüssiges 11 1/2 Thlr. bez., gestornes 11 1/2 Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Fuß 17 1/2 Thlr. bez., pro März und März-April 16 1/2 Thlr. bez. und Gld., 1/2 Thlr. Br., April-Mai 16 1/2—17 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 16 1/2—17 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 17 1/2—18 1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 17 1/2—18 1/2 Thlr. bez.

Breslau, 22. März. Wind: West. Wetter: Schön. Thermometer früh 4 Grad Kälte. Bei schwächeren Angeboten und vorherrschender fester Stimmung zeigten sich Getreidepreise am heutigen Markte in fester Haltung. Weizen preisbehaltend, pr. 4 Hundo gläserlicher weißer 82—96 Sgr., gelber 82—95 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 81—94 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen ohne bemerkenswerthe Veränderung, pr. 4 Hundo 68—71 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Gerste gut behauptet, pr. 74 Hundo beste 58 bis 60 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Hundo 32—34 Sgr., feinste Sorten 35 Sgr. bezahlt. — Erbsen stark offerirt. — Wicken offerirt. — Linsen stark begehrt. — Lupinen schwach begehrt, pr. 50 Hundo gelbe 40—45 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schließliche Bohnen wenig begehrt. — Schaafein gefragt. — Kapselchen mehr begehrt, 50 bis 52 Sgr. pr. Ctr.

Sgr. pr. Schff. Weizen 84—91—96. Bohnen 70—80—90. Gelber Weizen 84—90—95. Sgr. pr. Sad a 150 Pfd. Brutto. Roggen 68—69—71. Schlag-Leinfaat 180—200—210. Gerste 48—54—59. Winter-Raps 190—200—210. Hafer 31—33—35. Winter-Rablen 174—184—190. Erbsen 53—57—68. Sommer-Rablen 150—157—168. Wicken 50—55—66. Leinbutter 140—146—160.

Allesaat wenig Geschäft, rothe nur in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13 1/2—14 1/2 Thlr., mitte 15 1/2—16 1/2 Thlr., feine 17 1/2—19 Thlr., hochfeine 19 1/2—19 1/2 Thlr., — weisse schwacher Umsatz, ordinäre 13 1/2—18 Thlr., mitte 2